Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41. **Sonntag, den 18. Februar 1900.** 7. Jahrgang.

Auf zum Protest gegen die Flottenvorlage!

Schutz des Seehandels.

II.

○ In der gleichen Weise wie mit den Balkanstaaten verfährt die Denkschrift mit Italien. Man muß sich wundern, warum bei diesem Verfahren nicht auch die Schweiz unter den Ländern erscheint, mit denen Deutschland „vorwiegend Seehandel" treibt, denn gewiß gehen eine Anzahl deutsche Frachten nach der Schweiz über Triest. Jedenfalls kann von einer Vernichtung des Handels Deutschlands mit diesen Ländern durch einen Seekrieg nicht die Rede sein. Es handelt sich höchstens nur um eine Ablenkung des Handels vom Seewege auf die Eisenbahnen. Das Gleiche gilt für Dänemark. So gehen weitere 6,6 Prozent ab. Es bleiben also 33,9 Prozent.

Es handelt sich beim Schutz des Seehandels, sieht man von England ab, außer Schweden-Norwegen, Spanien und Portugal, um die außereuropäischen Länder. Das ergiebt sich ohne Weiteres aus der geographischen Lage und alle Bemühungen der „Denkschrift", darüber hinweg zu täuschen, helfen nichts. Von dem außereuropäischen Handel ist noch jener mit den englischen Kolonien abzuziehen, der bei einem Krieg mit England von vornherein verloren geht. Das sind 5,7 Prozent des Außenhandels, bleiben 26,2 Prozent. Soweit sind bereits die ominösen 70 Prozent der „Denkschrift" zusammengeschmolzen!

Bei dem außereuropäischen Handel steht, wie männiglich bekannt, Nordamerika im breiten Vordergrund. Der Handel mit den Vereinigten Staaten beträgt in unserem Falle volle 12,8 Prozent. Wie wird es um diesen bestellt sein im Falle eines Seekrieges mit England? Das ist zugleich die Frage der Getreidezufuhr. Nun wohl, die amerikanischen Dampfer werden, im Falle eines Seekrieges, anstatt nach Hamburg und Bremen zu gehen, den Weg über Antwerpen und Amsterdam nehmen. Wenn die Situation, in der sich England jetzt gegenüber Transvaal befindet, etwas beweist, so ist es das, wie sehr die neutralen Staaten der Durchführung seiner Seeherrschaft im Wege stehen. Transvaal hat keine andere Verbindung mit dem Meere als über die portugiesische Delagoa Bay. Und was ist Portugal? Ein von England finanziell und politisch durch und durch abhängiger Kleinstaat. Und doch kann England nicht einmal die Kontrebande von Waffen nach Transvaal verhindern, geschweige schon die Waarenzufuhr. Gerade die Fälle des „Bundesrath", des „General" 2c. haben es klar gezeigt. Was hat denn England bei diesen Gelegenheiten erzielt? Es hat Entschädigungen zu zahlen, die nicht gerade gering ausfallen werden und braucht für den Spott nicht erst zu sorgen. Wie anders wäre es noch, wenn der Handel zwischen Amerika und Europa in Betracht käme. England stünde vor der Wahl, entweder auch noch gegen Belgien, Holland und die Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg zu führen oder die Neutralität dieser Staaten im weitesten Umfange zu respektiren. Ja, es müßte noch die Gegnerschaft Frankreichs dazunehmen, das im Nothfall, weil vom englischen Kanal unabhängig (Bordeaux, Nantes), sogar der gefährlichste Vermittler des deutsch-amerikanischen Handels sein könnte.

Daß den Hamburgern die zeitweilige Ablenkung ihres Handels nach ausländischen Häfen sehr unangenehm wäre, ist richtig, — was aber könnten dagegen die deutschen Panzerschiffe machen, selbst wenn sie noch so zahlreich wären? Die Flottenvorlage verweist selbst darauf, daß England, außer der Blockade, die Möglichkeit hat, die deutschen Handelsschiffe im Kanal und an der Nordküste Schottlands anzuhalten. Die Herrschaft Englands im Kanal und an seinem eigenen Gestade brechen zu wollen, wäre geradezu Wahnwitz. Zweifellos würden die Geschäftsleute es unter allen Umständen vorziehen, statt die Gefahr der Konfiskation zu riskiren, unter neutraler Flagge nach neutralen Häfen ihre Frachten zu richten. Hilft das nicht, dann hilft nichts.

Und was den übrigen Seehandel Deutschlands anbetrifft, jenen mit den Ländern des Stillen Ozeans, so könnten hier Panzerschiffe erst recht nichts ausrichten, denn England besitzt, worauf die Flottenvorlage selbst verweist, in Gibraltar den Schlüssel jener Handelsstraße.

Daß ein Krieg mit England den Handelsverkehr sehr erschweren würde, wird kein Mensch bestreiten wollen. Nur sind Panzerschiffe nicht das richtige Mittel dagegen. Man hat Panzerschiffe mit Recht „schwimmende Festungen" genannt. Und die Aufgabe der Festungen ist längst nicht mehr, den Handel beziehungsweise die Einwohnerschaft zu schützen, sondern eine rein strategische. Das weiß man schließlich auch in dem deutschen Marineministerium. Was man will, ist gar nicht eine Flotte zum Schutze des Handels, sondern eine Schlachtflotte! Und Seeschlachten sind ebenso, beziehungsweise sogar noch in höherem Grade ein Verlust an Gut und Blut und der Ruin des Handels, wie die Schlachten auf dem festen Lande.

Wenn es zu einem Seekrieg kommt, so wird man, um den Schwierigkeiten der ausländischen Zufuhr zu begegnen, vor Allem die Schutzzölle aufheben müssen. Man würde dann z. B. das russische Getreide auf dem Landwege billiger haben können, als jetzt auf dem Seewege. Nun wohl, die Beseitigung der Zollschranken ist für Deutschland auch im Frieden das beste Mittel, die industrielle Entwicklung zu fördern. Giebt doch die Denkschrift selbst zu, daß „erst nachdem im Jahre 1879 der Einfuhrzoll auf Schiffbaumaterial aufgehoben war", der deutsche Handelsschiffbau sich hat entwickeln können. Dasselbe gilt aber auch von den Eisenzöllen, den Baumwollzöllen 2c. Also!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 16. Februar 1900.

Der Reichstag beendigte in seiner heutigen Sitzung die zweite Berathung des Etats der Reichsbahnen. Der fürchterliche Schneesturm, der draußen tobte und natürlich wieder zu einer völligen Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs geführt hatte, mochte an der sehr schlechten Besetzung des Hauses einen Theil der Schuld tragen. Die Kommission hatte zu dem Etat zwei Resolutionen beantragt. Die erste Resolution verlangte Aufhebung der Tarifermäßigungen für den Kohlentransport und die zweite Erhebung über die Dienstzeit der Fahr- und Stationsbeamten. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um die erste Resolution. Die Abgeordneten Münch-Ferber (NL.), Dasbach und Müller-Fulda (Z.), Graf Stolberg (K.) und Stockmann (Rp) klagten gar herzergreifend über die Kohlennoth; Minister v. Thielen bedauerte inständig die armen Fabrikanten und will die Sache „in Erwägung ziehen", nebenbei schalt er auf die streikenden Arbeiter und tröstete sich mit der Hoffnung, daß die Ausstände bald zu Ende sein würden. Kräftig geißelte Bebel die ganze Politik der Exportprämien, die nun auf einmal den Herren von der Rechten, die sie sonst so lieben, bedenklich wird; er wie Genosse Stolle-Zwickau wiesen auf den einzigen Grund der Kohlennoth, den Starrsinn der preußischen, sächsischen und österreichischen Grubenbarone, hin. Die Abstimmung über die Resolutionen wurde für die dritte Lesung zurückgestellt und in die schon mehrfach verschobene Berathung des Antrages Münch-Ferber betr. Errichtung von Handelskammern im Auslande eingetreten. Der Antrag wurde wesentlich mit der bureaukratischen Schwerfälligkeit des deutschen Konsularwesens begründet und fand nirgends grundsätzliche Bekämpfung. Er wurde der Budgetkommission überwiesen. — Bald nach 5 Uhr schloß die Sitzung; die nächste findet erst am Mittwoch, den 21. Februar mit der Tagesordnung: Anträge auf Aufhebung des Diktaturparagraphens im Reichslande usw. statt.

150. Sitzung Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Thielen.

Die zweite Berathung des Etats für die Reichs-Eisenbahnverwaltung wird fortgesetzt.

Das Extraordinarium und die Einnahmen werden debattelos bewilligt.

Die Kommission schlägt zwei Resolutionen zur Annahme vor:

a) Die verbündeten Regierungen um Aufhebung der auf den Eisenbahnen von Elsaß-Lothringen bestehenden, die Ausfuhr von Kohlen in's Ausland begünstigenden Tarifermäßigungen zu ersuchen.

b) Die verbündeten Regierungen um eine Nachweisung über die thatsächliche Dienstzeit des Fahr- und Stationspersonals zu ersuchen.

Die Agg. Riff (FVg.) und Hauß (Els.) beantragen, in der ersten Resolution die Worte „auf den Eisenbahnen von Elsaß-Lothringen" zu streichen.

Müller-Fulda (Z.): Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo wir unter dem Drucke der Kohlennoth zu leiden haben, entspricht es nicht den wirthschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands, wenn unsere Kohlen noch zu ermäßigten Tarifen ins Ausland geführt werden. Ich hoffe, daß der Herr Minister unserer Anregung folgen und damit den Wünschen der weitaus größten Mehrheit des deutschen Volkes entgegenkommen wird.

Preußischer Eisenbahnminister Thielen: Die Lösung dieser Frage ist keine leichte. Die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden sind sehr verschieden und bedürfen eingehender Prüfung. Zwei Drittel der Kohlenproduktion aus Oberschlesien gehen z. B. in das Inland und nur ein Drittel nach dem Auslande. Jedenfalls kann eine solche Maßregel nicht einseitig in Elsaß-Lothringen erfolgen, sondern muß durch eine gemeinsame Aktion aller deutschen Eisenbahnverwaltungen in die Wege geleitet werden.

Münch-Ferber (NL.): Unter den jetzigen Verhältnissen, wo viele Fabriken ihren Betrieb einstellen müssen, wo selbst die sächsische Staatseisenbahn aus Kohlennoth den Personenverkehr einschränken will, klingt es wie Ironie, wenn die deutsche Kohle noch zu besonders günstigen Bedingungen in's Ausland geschafft werden kann. Zu erwägen wäre noch, ob man nicht den besonders nothleidenden Bezirken durch Tarifermäßigungen im Inlande entgegenkommen könnte.

Dasbach (Z): Der preußische Handelsminister meinte neulich im Abgeordnetenhause, durch einen Preisrückgang der Kohle würde die Industrie geschädigt. Ich hoffe, daß der Herr Eisenbahnminister diesen Standpunkt nicht theilt und für unsere Resolution eintreten wird.

Graf Stolberg-Wernigerode (K.): Die Tarife stammen aus einer Zeit, wo die Industrie noch nicht genügend entwickelt war. Es hätten schon lange Erwägungen betreffs der Beseitigung der Tarife angestellt werden sollen. Sie war bereits am Platze, als der gewaltige Aufschwung der Industrie eintrat, oder spätestens im September vor. Js., wo die Kohlennoth schon vorauszusehen war.

Bebel (SD.): Die Kohlennoth ist ja wesentlich hervorgerufen durch den Ausbruch des Streiks in Böhmen. Hätten die Großindustriellen ihren mächtigen Einfluß aufgeboten, damit die Forderungen der Arbeiter in Böhmen bewilligt würden, so wäre schon ein erhebliches Moment für die Kohlennoth beseitigt worden, und die Forderungen sind wahrlich gering. Nun kommen ja dazu die Verhältnisse in Deutschland, wo Industrielle und Staat Hand in Hand gehen. Der Staat hat die billigen Ausfuhrtarife eingeführt, und andrerseits liefern die patriotischen Kohlenproduzenten die Kohlen nach dem Auslande billiger als ihren eigenen Mitbürgern. Unter der Kohlennoth leidet auch der Hausbedarf der Arbeiter ganz gewaltig. Der Schweizer hat den Zentner Kohle für den Hausbedarf um 40 Pf. billiger als der Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß wir dieses kostbare Naturprodukt, von dem neuerdings behauptet wird, es stehe mit dem täglichen Brot auf gleicher Stufe, dem Auslande nicht zu billigeren Preisen liefern können. Ich gebe zu, die Verhältnisse liegen nicht so einfach. Jedenfalls muß möglichst bald Wandel geschaffen werden — Gegen den Wunsch des Abg Münch-Ferber muß ich mich auch entschieden wenden. Es würde sonst schließlich jeder Bezirk sich als besonders bedürftig hinstellen. Auch wir schließen uns dem Antrage an und haben den dringenden Wunsch, daß die Erhebungen von Seiten der Reichseisenbahnverwaltung einen möglichst raschen Abschluß finden mögen. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Stockmann (Rp.) schließt sich der Bitte des Abg. Müller-Fulda um Beschleunigung der Ermittelungen über die Ausnahmetarife an.

Schrader (FVg.) meint, das beste Mittel, die Kohlennoth zu beseitigen, sei jedenfalls eine Verständigung mit den Arbeitern.

Dr. Bachem (Z.): So wie der preußische Handelsminister die Kohlenpreise hoch halten will, so sollte der Eisenbahnminister für hohe Eisenbahneinnahmen sorgen. Er hat bei den Kohlenausnahmetarifen die Allgemeinheit auf seiner Seite. Wir haben alles Interesse daran, daß uns das Kohlensyndikat nicht über den Kopf wächst. Es hat die Kohlennoth gehörig ausgenutzt.

Minister Thielen: Was an mir liegt, soll geschehen, um die Fragen einzeln zu regeln. Ich warne aber davor, zu glauben, daß mit der Aufhebung der Tarife die Kohlennoth aufhören wird.

Stolle (SD.): Der Abg. Münch-Ferber hat vergessen zu schildern, wie der Kohlenmangel entstanden ist. Er ist entstanden durch die Streiks in Oestereich, im Königreich Sachsen und in der Provinz Sachsen. Schuld an dem Kohlenmangel sind sechs schwer

reiche Leute, die bereits mein Freund Bebel namhaft gemacht hat, die über Leben und Tod von 45 000 Menschen zu bestimmen haben. Sind doch in wenigen Jahren mehrere tausend Arbeiter in den Gruben verunglückt. — Die bescheidenen Anforderungen, die die Arbeiter an die Bergwerksbesitzer richteten, sind protzig zurückgewiesen worden. Die Bergwerksbesitzer wollen garnicht mit den Arbeitern verhandeln. Auch der Vorschlag, die Hülfe der sächsischen Regierung anzurufen, ist zurückgewiesen worden. Jetzt erklären die Herren, es würden unerfüllbare Anforderungen seitens der Arbeiter gestellt. Die Hauptforderung ist die Einführung der Achtstundenschicht, die auf Beschluß des bayerischen Landtages in einigen Tagen in den dortigen Bergwerken eingeführt werden soll. Was in Bayern möglich ist, sollte auch in Sachsen, Preußen und anderen Staaten möglich sein.

Die Beseitigung der Ausfuhrtarife hilft nichts gegen die Kohlennoth und ist augenblicklich nicht durchzuführen. Die sächsische und die preußische und die österreichische Regierung muß mit den Kohlenwerkbesitzern einmal ein ernstes Wort sprechen, damit diese vernünftig mit ihren Arbeitern verkehren. Uns wäre schon geholfen, wenn die Besitzer angehalten würden, § 152 der Gewerbeordnung zu respektiren. (Sehr richtig! bei den Soz.) An der Vertheuerung der Kohlen ist auch die Einführung des Holzzolles schuld. Die Mehrausgabe wälzen die Grubenbesitzer natürlich auf das Produkt ab. Die Durchschnittslöhne zeigen keine Besserung seit einer Reihe von Jahren. Die Regierung hat es in der Hand, der Kohlennoth zu steuern. Sie braucht nur die Bergwerksbesitzer zu zwingen, sich mit ihren Arbeitern zu einigen. Sofort werden sich wieder 1000 fleißige Hände regen, die heute schnöde zurückgewiesen werden von den Kapitalprotzen. (Bravo! bei den Soz.)

Riff (FVg.): Wir wollen die Resolution mit unserm Antrag allgemein gestalten. Nach dem Antrage der Budgetkommission könnten die Kohlen noch mit den badischen Eisenbahnen in's Ausland befördert werden

Die Diskussion wird geschlossen. Die Abstimmung über die Resolutionen wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Es folgt die Berathung des Antrages Münch-Ferber (NL.) auf Errichtung von Handelskammern im Auslande.

Münch-Ferber (NL.): 36 deutsche Handelskammern und der Verband deutscher Industrieller haben sich für die Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande ausgesprochen. Neuerdings hat auch die Regierung durch die Anstellung der sogenannten Handelsattachés anerkannt, daß die Konsuln allein nicht in der Lage sind, die Interessen des deutschen Handels im Auslande ausreichend zu vertreten. Die Konsuln können keine genügenden Informationen einziehen und sind auch kaufmännisch nicht genügend vorgebildet. Sie fühlen sich als Vertreter des deutschen Reichs weit über den Kaufmann erhaben und behandeln ihn mit bureaukratischer Anmaßung. Die Handelskammern wären dagegen in der Lage, in allen Fragen, Auskunftsertheilung über ausländische Firmen usw. aufklärend zu wirken. Die deutsche Handelskammer in Brüssel, die einzige ihrer Art, ertheilt z. B. Gutachten über wünschenswerthe Aenderungen der kommerziellen Gesetzgebung, über Fälschung und Nachahmung deutscher Erzeugnisse im Auslande. Weiter würden die Handelskammern ein gutes Verbindungsmittel der Deutschen im Auslande mit dem Mutterlande bilden. Wir haben ja heute noch keine deutschen Kolonieen, wohin wir unsere Auswanderer mit gutem Gewissen schicken könnten. — Wir sind das zweitgrößte Exportland der Erde. Ueber uns steht in dieser Beziehung allein England, und die klugen Engländer haben sich längst von der Bedeutung solcher Handelskammern überzeugt. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen.

Blell (FVp.): Zur Ergänzung der Thätigkeit unserer Konsuln und zur Erhaltung deutscher Sprache und deutschen Schulwesens unter den im Ausland lebenden Deutschen sind deutsche Handelskammern im Ausland von großem Werth. Ich bitte Sie, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen.

Cahensly (Z.) hält die Errichtung solcher Handelskammern für dringend nothwendig, wenn auch die Kosten sehr große sein würden.

Frese (FVg.): Gute Handelskammern können im Auslande sehr segensreich wirken. Freilich wird es schwer sein, geeignete Kräfte ausfindig zu machen. Es wäre darauf hinzuwirken, daß die kaufmännischen Kräfte später in die Konsulate übergeführt werden können und dort eine gute Stellung bekommen.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen.

Darnach wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Initiativanträge auf Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen und Neuregelung der Wahlen zum Landesausschuß für Elsaß-Lothringen.)

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine koloniale Wohlfahrts-Lotterie empfiehlt Gouverneur v. Bennigsen, um das Aussterben der Bewohner der Marschall-Inseln in Folge Syphilis zu verhüten. Gouverneur v. Bennigsen hat auf seiner Reise nach den Korolinen die Marschall-Inseln besucht, welche auch zum neuen deutschen Weltreich gehören. Er schreibt, daß die Bevölkerung durchweg schwer unter der vor etwa 50 Jahren von amerikanischen Walfischfängern eingeschleppten Syphilis leide. Der Regierungsarzt Dr. Bartels hege die Hoffnung, daß, wenn die Bevölkerung in gründlicher Weise ärztlich behandelt wird, die verderblichsten Wirkungen der Syphilis beseitigt werden können. Hoffentlich gelinge es, so meint Herr v. Bennigsen, die Bevölkerung der Marschall-Inseln zu erhalten, während die Eingeborenen auf andern Südsee-Inseln, z. B. den Hermiten und Anachoreten, mangels ärztlicher Behandlung in absehbarer Zeit ausgestorben sein werden. Aus dem Ertrage der Wohlfahrtslotterie müßten, nach Bennigsen, eine Reihe von Aerzten in das Südseegebiet geschickt werden, um in den von der Syphilis am meisten heimgesuchten Gegenden diese Krankheit zu studiren und ihre Folgen durch systematische und gründliche Behandlung zu beseitigen. Auch auf der östlichsten Insel der Karolinen-Gruppe, Kussaie, ist, wie Herr v. Bennigsen berichtet, die Bevölkerung früher weit zahlreicher gewesen, aber durch eingeschleppte Pocken und Syphilis bis auf 500 Köpfe verringert worden. — Da hat nun Herr v. Bülow ein paar Inseln gerauscht und als man sie sich genau ansieht, zeigt sich, daß die Bevölkerung aus dem Aussterbeetat steht, weil sie syphilitisch verpestet ist. So sieht des deutschen Reiches Kolonialherrlichkeit aus!

Deutsche Justiz. Wegen Beleidigung des Magistrats der Stadt Spandau hatte sich am Donnerstag dieser Woche der Redakteur Genosse Paul Sohn vom „Vorwärts" vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu verantworten. Beanstandet war ein aus Spandau datirter Artikel, der am 19. Dezember v. J. im „Vorwärts" erschien und sich mit Vorgängen in der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte. Es wurde berichtet, daß der Stadtrath Becker bei der Etatsberathung darauf hingewiesen habe, daß die Straßenreinigung Spandaus zwar einen Jahreszuschuß von 74 000 Mark aus dem Stadtsäckel erfordere, aber im Vergleich zur Stadt Charlottenburg sei dies wenig, denn hier betrage der Zuschuß das Fünffache wie in Spandau. Der Verfasser des Artikels knüpfte hieran die Bemerkung, daß der Stadtrath Becker vergessen habe, zu erwähnen, daß der Charlottenburger Magistrat seine bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter weit besser bezahle, als der Spandauer Magistrat und daß der erforderliche geringere Zuschuß deshalb auf die Ausbeutung der Arbeiter zurückzuführen sei. Wegen dieses letzteren Vorwurfs fühlte der Spandauer Magistrat sich beleidigt und stellte Strafantrag. Der Angeklagte bestritt zunächst, daß der Ausdruck „Ausbeutung" etwas Beleidigendes in sich schließe und ferner, daß der Spandauer Magistrat sich durch den Vorwurf getroffen fühlen könne. Die Straßenreinigung unterstehe einer besonderen selbstständigen Deputation, die die Löhne festsetze. Stadtrath Becker aus Spandau bekundete als Zeuge, daß ein dortiger Straßenreiniger mit einem Anfangsgehalt von 75 Mark eingestellt werde; nach sechs Monaten steige der Lohn auf 82,50 Mk. und so weiter, bis der Arbeiter nach fünfjähriger Dienstzeit den höchsten Gehalt von 100 Mark monatlich beziehe. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Heinemann erklärte darauf, daß er an einer weiteren Beweisaufnahme kein Interesse habe. Staatsanwalt Krebs führte aus, daß der Vorwurf der Ausbeutung der Spandauer Arbeiter durch den dortigen Magistrat für diesen unter allen Umständen etwas Beleidigendes habe, zumal die Behauptung jeder Begründung entbehre. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten. Der Vertheidiger bestritt zunächst die Aktivlegitimation des Spandauer Magistrats und kritisirte sodann das vom Staatsanwalt beantragte hohe Strafmaß, das zur Geringfügigkeit der allenfalls vorliegenden Beleidigung in keinem Verhältnisse stehe. Der Gerichtshof erblickte in dem Vorwurf der Ausbeutung der wirthschaftlich Schwachen durch eine Behörde eine schwere Beleidigung und verurtheilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängniß. — Zwei Monate Gefängniß für das unschuldige Wort „Ausbeutung"!! Darf man in Deutschland wirklich nicht mehr die Dinge beim rechten Namen nennen?

Man muß sich nur zu helfen wissen. „Politische Sprechstunden" haben unsere Genossen im 1. weimarischen Wahlkreise eingeführt. Darüber berichten bürgerliche Blätter: „Angesichts der Versammlungsverbote, mit denen jede sozialdemokratische oder als solche verdächtige Versammlung in dem durch seine liberalen Traditionen ausgezeichneten Großherzogthum Sachsen-Weimar nach irgend einem bereit liegenden Schema belegt wird, ist die Art und Weise interessant, in der die Betroffenen sich zu helfen wissen, um dennoch ihren Zweck zu erreichen. So hat der sozialdemokratische Land- und Reichstags-Abgeordnete Baudert am Sonntag eine Art politische Sprechstunde abgehalten. Es wurde im Laufe der letzten Woche zu diesem Behufe von Weimar aus ein Inserat verbreitet, welches besagte, daß Herr Baudert am kommenden Sonntag Nachmittag in Gaberndorf anwesend und bei dieser Gelegenheit gern bereit sein werde, etwaige Fragen und Wünsche seiner Wähler entgegen zu nehmen. Natürlich folgten zahlreiche Landleute aus Gaberndorf und Umgegend dieser Einladung. Der Vorgang liefert wieder einmal den Beweis, wie verfehlt großen Bewegungen gegenüber eine kleinliche Politik ist."

Die grüne Internationale. Sie haben diesmal entschiedenes Pech gehabt, die Herren Agrarier. Unmittelbar vor der „großen agrarischen Woche" enthüllt der redselige Dr. Hahn der staunenden Mitwelt ihres Herzens wahre Meinung über die Flottenfrage, und in dieser „großen agrarischen Woche" da kommen sie selbst, die bisher sich und ihr Gewerbe für die sicherste Grundlage nationaler Macht und Größe erklärt haben, und berathen darüber, wie sie am schnellsten und für ihren Geldbeutel am vortheilhaftesten die Gründung einer Internationale der Besitzer von Ar und Halm ins Werk setzen könnten — der grünen Internationalen also! Mit dieser projektirten grünen Internationale aber verhält es sich folgendermaßen. Auf der im „Kaiserhofe" in Berlin stattgefundenen Jubelversammlung der „Vereinigung der Steuer und Wirthschaftsreformer", der ihr Vorsitzender Graf Mirbach-Sorquitten ein großes Verdienst um das Zustandekommen des Bundes der Landwirthe zuschrieb, wurde ein Vortrag gehalten „Ueber eine internationale Entente der großen landwirthschaftlichen Verbände zur besseren Regulirung der Getreidepreise." Unter „stürmischem Beifall" führte Professor Dr. Ruhland aus Freiburg in der Schweiz aus: „Dem internationalen Großkapital gegenüber giebt es nur eine Beschwörungsformel: Trust gegen Trust, Ring gegen Ring!" Und bei den folgenden Worten: „Die heute bestehende unheilvolle Weltherrschaft des internationalen Großkapitals muß und kann nur beseitigt werden durch Weltherrschaft der Bauern in dem Sinne, in dem auch Fürst Bismarck sich als „Bauer" bezeichnet hat!" verzeichnet das Bundesorgan: „Anhaltender, lebhafter Beifall." So konnte es denn auch nicht weiter Wunder nehmen, daß trotz verschiedentlicher Abmahnungen bei der am folgenden Tage (Mittwoch) fortgesetzten Debatte eine Resolution angenommen wurde, welche besagt: „Die 25. Generalversammlung erklärt: Das Zustandekommen einer internationalen Entente der landwirthschaftlichen Verbände zwecks besserer Regulirung der Getreidepreise erscheint im höchsten Maße als wünschenswerth", und welcher alsdann ein Gesetzentwurf angehängt ist, der einen ganzen Blüthenstrauß agrarischer Wünsche umfaßt. In Beantwortung der gegen seine Ausführungen erhobenen Einwürfe führte Professor Ruhland u. a. aus, daß die Russen und Amerikaner „mit größtem Vergnügen" zu einem internationalen Abkommen bereit seien. Wenn es nun jemals dahin kommen sollte, daß die wogende, grüne Internationale Thatsache würde, so könnten wir es erleben, daß die Bauern „von und zu" alljährlich durch ihren Bundesrechner das Maximum der Getreideproduktion jedes einzelnen Landwerths feststellen ließen und es durch möglichst niedrige Normirung des Getreidekontingents in der Hand hätten, die nichtagrarische Bevölkerung zur gleichzeitigen Anziehung des Schmachtriemens und Erleichterung des Geldbeutels nach Belieben zu veranlassen, die eigenen Taschen aber durch die den Konsumenten abgenöthigten Nothstandspreise bis obenan zu füllen. — Diese Zukunftsträume sind nicht ernst zu nehmen. Ihre Bedeutung ist mehr symptomatischer Natur, insofern sie zeigen, wessen wir uns zu versehen hätten, wenn die Gefolgschaft der Herren um Wangenheim und Hahn könnte, wie sie will. Abgesehen hiervon aber ist das Zugeständniß allerdings unbezahlbar, daß man im agrarischen Lager unbedenklich bereit ist, das so stolz vor der Oeffentlichkeit geschwungene Panier der „nationalen" Wirthschaftspolitik schaarenweise zu verlassen, sobald dieses im pekuniären Interesse gerathen erscheint.

Zwei fürstliche Sozialpolitiker. Der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Schwager des Kaisers, der jüngst dadurch von sich reden machte, daß er den Versuch einer Selbstorientirung über sozialpolitische Fragen drucken ließ, hat wieder etwas von sich hören lassen. Er hat in der kürzlich in Berlin abgehaltenen Versammlung eines Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande eine Rede über die Wohnungsfrage gehalten, die nicht gerade den Eindruck erweckt, als ob der Herr Herzog Aussicht hätte, ein großer Sozialpolitiker zu werden. Nach dem Berichte der „Post" begann er mit der Konstatirung, daß „die ganze Arbeiterfrage zum Theil in der Wohnungsfrage gipfelt", bezweifelte unmittelbar darauf das Bestehen einer Wohnungsnoth auf dem Lande, und fügte ebenso rasch hinzu, daß die „Arbeiternoth" auf dem Lande viel dringender sei wie die Wohnungsnoth. Damit hatte er schließlich den richtigen Zipfel gefunden, um noch ein langes und breites über die „Arbeiternoth", wie man heute die Klagen der Agrarier über den Mangel an Arbeitern zu umschreiben liebt, zu reden. Am Schlusse kam ihm der Gedanke, daß die Veranstaltung „angemessener" Vergnügungen auf dem Lande ebenso wichtig sei, wie der Bau von Wohnungen. Weiter ist seine sozialpolitische Erkenntniß noch nicht in die Ursachen der „Landflucht" eingedrungen. Man kann danach nicht sagen, daß sich die Rede durch besondere Klarheit der Gedanken und durch besondere Wärme in der Sorge um das Wohl der Arbeiter auszeichnet. Einen viel sympathischeren Eindruck macht eine zweite sozialpolitische Fürstlichkeit, eine Frau, die Großherzogin von Hessen. Die Dame hat vor einigen Tagen eine Anzahl Herren, unter ihnen den Herrn v. Heyl, eingeladen zur Bildung eines Landeskomitees, das einen „Verein zur Besserung der Wohnungsverhältnisse Minderbemittelter in Stadt und Land" gründen soll. Diesen Herren hat sie eine Ansprache gehalten, die mindestens durch ihre schöne klare Form für sich einnimmt. Aber auch durch ihren Inhalt. Nicht etwa, daß wir uns von der Bethätigung des Dranges der hohen Dame nach schönen Thaten nennenswerthe Wirkungen für die Hebung der Arbeiterklasse versprächen; aber das will die Dame auch gar nicht. Sie redet nicht von der theilweisen Gipfelung der ganzen Arbeiterfrage und auch nicht von der größeren Wichtigkeit der „Arbeiternoth." Sie erkennt nur an, daß die „Wohnungsverhältnisse der Minderbemittelten in Stadt und Land" der Besserung bedürfen und da will sie ein wenig mithelfen und bekundet diese bescheidene Absicht mit den schönen Worten, die einer gebildeten Frau für solche Wohlthätigkeitszwecke ja wohl leicht zu Gebote stehen. Mehr kann sie nicht thun, aber mehr verspricht sie auch nicht. — Und sie schlägt auch nicht auf einen Sack, wo sie den Esel meint.

Kleine politische Nachrichten. Zur „Erledigung" des Falles Szmula-Hahn erfährt der „Berl. Börsen-Cour.", daß der „Austausch der Erklärungen" erfolgt ist, nachdem vorher der Abgeordnete Dr. Hahn seine Forderung zurückgezogen hatte. Also auch auf diesem „persönlichen" Gebiete hat Herr Diedrich Hahn eine Niederlage erlitten. — Die deutschen Ratifikations-Urkunden zu dem Samoa-Abkommen mit der amerikanischen und der englischen Regierung wurden Freitag von dem Auswärtigen Amt den Berliner Vertretern dieser Regierungen ausgehändigt. — Wie die „Nordd. Allg. Ztg." vernimmt, ist zum Gouverneur von Samoa der Präsident des Munizipalrathes von Apia, Dr. Solf, in Aussicht genommen. — In dem Befinden des Abgeordneten Dr. Lieber ist Freitag wiederum eine Besserung zu verzeichnen; seine Genesung steht angeblich bald zu erwarten. — Die landwirthschaftliche Centralstelle des Großherzogthums Weimar verlangte von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem, wie bereits in Anhalt geschieht, der Kontraktbruch der landwirthschaftlichen Arbeiter streng bestraft wird. Ueberall streben also die Agrarier die Versklavung der Landarbeiter an; wenn sie sich dabei nur nicht in's eigene Fleisch schneiden! — Die bedeutenden Betriebsbeschränkungen der sächsischen Staatsbahn infolge der Kohlennoth betreffen nicht weniger als 370 Züge auf 81 Linien Verschiedene Nebenlinien sind fast ganz verkehrslos. — Im Prozesse Kriegsheim und Genossen in Berlin wurde v. Kriegsheim zu sechs Jahren Gefängniß unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft, ferner zu 500 Mark Geldstrafe ev. 50 Tagen Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust, Wißmann zu sechs

Monaten Gefängniß, die durch die erlittene Untersuchungshaft als gänzlich verbüßt erachtet werden, verurtheilt. — Wie man in Deutschland für die Volksbildung sorgt, zeigen folgende Zahlen: Nach den statistischen Feststellungen für das Jahr 1899 kamen auf jeden Lehrer an den höheren Schulen im Deutschen Reich 17 Schüler. Das ist ein ganz annehmbares Verhältniß. Auf jeden Volksschullehrer oder Lehrerin aber kamen durchschnittlich 63 Kinderl Ein recht hübsches Beispiel, wie unsere herrschenden Klassen für sich zu sorgen verstehen, und was sie für die „Volks"bildung übrig haben. — In Folge des schlechten Geschäftsganges, der sich in den Diamantschleifereien durch den südafrikanischen Krieg geltend macht, stellten in Hanau sechs größere Diamantschleifereien den Betrieb ein. Viele Arbeiter sind brodlos. — Wegen Soldatenmißhandlung ist nach dem „Boten a. d. Riesengeb." ein Sergeant vom Dragonerregiment in Lüben verhaftet worden. Die Mißhandlungen kamen zur Anzeige, als er sich in besonders schwerer Weise gegen den Sohn eines Gendarmen, der bei der Eskadron diente, vergangen hatte. Der Sergeant dient im elften Jahre und ist verheirathet. Er soll bereits zugegeben haben, daß kein einziger Mann der Eskadron von der schlimmen Behandlung durch ihn verschont geblieben ist. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gnesen siegten in allen drei Abtheilungen die vereinigten Deutschen. Im Stadtverordneten-Kollegium sitzen fortan nur noch zwei Polen. — Die Strafkammer in Posen verurtheilte den Redakteur Szyperski vom „Goniec Wielkopolski" wegen Aufreizung zur Gewaltthätigkeit und Beleidigung des Rittergutsbesitzers Bieneck aus Chewo, des Inspektors Preiß und des Vogts Jezewski zu vier Monaten Gefängniß. Der „Goniec" hatte fälschlich erklärt, ein galizischer Arbeiter sei auf Bienecks Gut erschlagen worden. Das Gericht sprach Bieneck eine Buße von 2000 Mark zu. — Zwei Kapläne in Karlsruhe, die sich aufreizender konfessioneller Handlungen in den Schulen schuldig machten, wurden vom Religionsunterricht suspendirt. — Der Bulgare Fitovski wurde, wie die „Voss. Ztg." meldet, in Bukarest ermordet. Er war von der Türkei mit der Ueberwachung des Bukarester Zweigkomitees des revolutionären obersten macedonisch-adrianopeler Komitees, das seinen Sitz in Sofia hat, betraut worden. Sein Mörder heißt Boicin und ist ein in Sofia angeworbener seit langem berüchtigter Bandit. — Der spanische Ministerrath beschloß die Freilassung von 28 auf den Inseln Chafarinas im Baguo befindlichen Barcelonner Anarchisten. Der Ministerrath beschloß ferner, einen neuen Versuch zu machen, mit der parlamentarischen Opposition zu einer Verständigung zu gelangen, um den Schluß der Etatsberathung bis zum Ende des Monats herbeizuführen. Die Aussichten dazu sind aber nur gering. — Mittwoch ist der Dampfer „Alicante" mit befreiten spanischen Soldaten aus den Philippinen in Barcelona eingelaufen. General Pena, der sich darunter befand, erklärte, die genaue Zahl der gefangenen Spanier sei 9900 gewesen, 5000 wurden befreit, 2000 sind noch gefangen in den Händen der Tagalen und 2000 in der Gefangenschaft gestorben. — Zum Schutze der Eisenbahningenieure und des Eigenthums sind 180 Mann mit zwei Geschützen von Kiautschou abgesandt worden. Es wird ein Angriff seitens der Aufständischen von Kaumi befürchtet.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Genau vier Monate nach Beginn des Krieges haben die englischen Truppen den ersten wirklichen Erfolg errungen. Das englische Kriegsamt veröffentlicht folgende, vom Feldmarschall Roberts an den Sekretär des Kriegsamts gerichtetes Telegramm:

„Jacobsdal, 16. Februar, 2 Uhr morgens. French mit Artillerie, Kavallerie, berittener Infanterie in Kimberley eingetroffen."

Das Kriegsamt fügt hinzu, es sei bemerkenswerth, daß obige Depesche aus Jacobsdal datirt sei, welcher Ort für die Buren ein wichtiges Verproviantirungs-Centrum gewesen sei. Aus diesen Siegestelegrammen geht zunächst hervor, daß die englischen Truppen in den Oranjefreistaat eingerückt und den etwa 15 Kilometer südwestlich vom Zusammenfluß des Modder und Riet am Riet gelegenen Jacobsdal besetzt haben. Von Jacobsdal bis Kimberley beträgt die Entfernung etwa 40 Kilometer. Kimberley war schon am vierten Tage nach dem Ausbruch des Krieges, am 15. Oktober, vom Außenverkehr abgeschnitten. Oberst Kekewich war hier mit etwa 4000 Engländern und 20 Feldgeschützen und Maximkanonen eingeschlossen, mit ihnen den Haupturheber des gegenwärtigen Krieges, Cecil Rhodes, der beim Ausbruch des Krieges nur durch einen Zufall der Gefangennahme entgangen war. General French, der Befreier von Cecil Rhodes, gehörte im Oktober zum englischen Natalkorps. Er entwich am 29. November mit dem letzten nach Süden abgehenden Eisenbahnzug aus Ladysmith und operirte seit Anfang November mit dem allen englischen Heerführern eigenthümlichen Erfolg im Norden der Kapkolonie in der Richtung auf Colesberg. Ob heftige Kämpfe zwischen den Truppen des Lord Roberts und den Buren stattgefunden, oder ob letztere ohne Kampf Kimberley preisgegeben haben, ist noch nicht bekannt. Fast kann man das letztere annehmen, denn die Buren wissen gerade so gut, wie die Engländer, daß der Entsatz der militärisch unwichtigen Orte Kimberley und Mafeking für die Beendigung des Feldzuges keine Bedeutung hatte. Dagegen mag allerdings der Entsatz Kimberleys einen bedeutenden moralischen Einfluß auf die Engländer ausüben. In London wurde die Nachricht nur zögernd und überaus ruhig aufgenommen. French wird nirgends als Sieger verkündet; alles erwartet sorgenvoll eine entscheidende Schlacht. Die Ankunft des Generals French in Kimberley erfolgte am Donnerstag Abend. Die neuesten Nachrichten aus Kapstadt besagen: General French warf durch plötzliches Erscheinen nach einem Record-Parforcemarsch die Belagerer überraschend, nach schwerer Beschießung Kavallerie in die Stadt Kimberley hinein, worauf General Cronje seine Kommandos auf befestigte Positionen zurückzog. Von einem wirklichen Kampfe verlautet bisher nichts. — Die Buren sind im Begriff, Maggersfontein zu verlassen, um andere Stellungen zu verstärken. Die Zahl der zurückbleibenden Buren wird auf 7—10 000 geschätzt.

Im Norden der Kapkolonie sind die Engländer weniger erfolgreich gewesen. In den Kämpfen bei Rendsburg am 10. und 12. Februar haben ihre Verluste nach einer Rentermeldung betragen: Todt 4 Offiziere und 7 Mann, verwundet 6 Offiziere und 14 Mann, vermißt 2 Offiziere und 8 Mann. Die Zahl der Verwundeten zweier Regimenter ist noch unbekannt. Die Engländer haben Rendsburg jetzt geräumt, das inzwischen von den Buren besetzt ist, und sich auf Arundel zurückgezogen. Der Rückzug der jetzt unter dem Befehl des Generals Clement stehenden britischen Streitkräfte erfolgte in der Nacht. Die Nachhut der Truppen traf Mittwoch früh in Arundel ein. Die Buren besetzten sofort die alten Stellungen in den Tvaiboschbergen, von wo sie die britischen Kavalleriepatrouillen beschossen. Die englische Artillerie erwiderte das Feuer.

Ueber den Kampf am Colesberg am 12. Februar liegt jetzt auch eine Burenmeldung vor, die folgenden Inhalt hat: Die verbündeten Buren eröffneten Montag früh den Angriff auf den rechten Flügel der Engländer. Es gelang dem Buren-General Lemmer, die Berggruppe zu nehmen, die den Hauptpunkt der englischen Stellung bildete. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Der Verlust der Verbündeten betrug: 9 Mann todt, 14 verwundet und 5 gefangen. Auch um die Stellungen der Buren-Generale Grobler und Delarey tobte ein heftiger Kampf. Letzterer drang auf den rechten Flügel der Engländer ein, nahm eine wichtige Position und vertrieb sie aus dem Lager. Die Verluste der Engländer sind schwer; ein britisches Maximgeschütz wurde im Kampfe erobert, ein anderes von den Engländern im Stiche gelassen. Die Engländer richteten auf die Stellung, die ihnen abgenommen wurde, ein heftiges Bombardement. Der Burenführer Schoemann erwiderte es entsprechend. Der Verlust der Engländer an der Stelle, wo General Lemmer focht, wird auf 200 Mann geschätzt.

In Natal rücken die Buren dem zurückweichenden Buller immer dichter auf den Leib. Wie aus dem Burenlager vor Ladysmith berichtet wird, hat der Buren-General Botha am Montag mit einer kleinen Abtheilung den Tugela überschritten, um die von den Engländern verlassene Stellung zu besichtigen. Botho stieß auf 40 Lanciers, die wahrscheinlich zurückgeblieben waren, und kam mit ihnen ins Gefecht, wobei 13 Lanciers getödtet, fünf verwundet und neun gefangen genommen wurden. Einer der Letzteren wurde zu den Truppen entsendet, um dieselben aufzufordern, ihre Verwundeten abzuholen. — Aus Lourenzo Marques meldet „Daily Mail": Ein von Ladysmith eingetroffener Bur berichtet, die Arbeiten zur Aufdämmung des Klipflusses, um den unteren Theil von Ladysmith unter Wasser zu setzen, seien in vollem Gange. Zweitausend Kaffern seien jede Nacht thätig, da am Tage die Arbeiten dem britischen Feuer ausgesetzt seien. Schon seien 2000 Sandsäcke gelegt, die gleiche Zahl sei bereit. Sollte dieser Plan gelingen, so würden das außerhalb der Stadt gelegene britische Lazareth und andere Punkte theils vom Wasser umgeben, theils unter Wasser gesetzt sein. — Jüngst wurde bekanntlich englischerseits gemeldet, die aufgeschütteten Dämme seien vom Strome wieder fortgewaschen worden, dem scheint nun aber doch nicht so zu sein.

Die Einfälle der Buren in das Zululand haben, wie Chamberlain am Donnerstag im englischen Unterhause mittheilte, unter den Zulus große Bestürzung und Unruhe hervorgerufen, die sich unter den Eingeborenen von Natal fortpflanze. Der Gouverneur der Kapkolonie habe darauf hingewiesen, daß diese Einfälle dem stillschweigenden Uebereinkommen widersprächen, wonach die Eingeborenen nicht in den Krieg hineingezogen werden sollen.

Das englische Unterhaus nahm Donnerstag mit 239 gegen 34 Stimmen die von der Regierung geforderten Mannschaften und Nachtragskredite für Südafrika an.

Freiwillige für Transvaal. Die Pariser „Estafette" will wissen, daß in Frankreich ein Korps von 2000 Freiwilligen zur Abreise nach Transvaal bereit sei, ihre Einschiffung werde bald erfolgen. Alle Freiwilligen seien gediente Soldaten, und ihre Offiziere hätten sämmtlich bereits im Feuer gestanden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 17. Februar.

Achtung Böttcher! Die Sperre über die Lohrmann'sche Faßfabrik ist aufgehoben worden, nachdem die Differenzen zu Gunsten der Gehilfen beendigt sind. Die Lohnkommission.

Die Petersfreunde in der Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen" schimpfen wie die Rohrsperlinge auf unseren Genossen Bebel, weil er das furchtbare Verbrechen begangen hat, im Reichstage den grroßen Peters in wenig rühmlicher Weise zu erwähnen. Es ist ein wenig erhebendes Zeichen, daß die Redaktion des Amtsblattes der freien und Hansestadt Lübeck sich ganz besonders Peters' annimmt, der durch seine **erwiesenen** Schandthaten in Afrika die **Achtung aller anständigen Leute verloren** hat. Eine derartige sittliche Verwilderung sollte man bei Amtsblatt-Redakteuren eigentlich nicht vermuthen.

Ein heftiger Schneesturm tobte von Freitag Morgen bis Nachmittags. Der Wind war außerordentlich stark und so schneidend, daß man kaum athmen konnte. An den Straßenecken thürmten sich hohe Schneeschanzen auf und hinderten außerordentlich den Verkehr. Die Straßenbahn mußte theilweis ihren Betrieb einstellen und konnte ihn zuerst überhaupt nur mühsam aufrecht erhalten. Schließlich gelang es jedoch, die Hindernisse zu beseitigen, sodaß wenigstens in der Stadt die Wagen mühelos verkehren konnten. Auch die Züge der Lübeck-Büchener Bahn hatten unter dem Schneesturm zu leiden. So traf der Nachmittags gegen 3/4 2 Uhr von Büchen hier einlaufende Zug mit ca. 70 Minuten Verspätung ein. Nachmittags, in der sechsten Stunde, schlug der Wind um, und es trat Thauwetter ein, das bisher angehalten hat. Auch in Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover und Oldenburg hat der Schneesturm arg gehaust. Sämmtliche Eisenbahnen Nordschleswigs mußten wegen Schneeverwehungen den Betrieb einstellen.

Verurtheilte Soldaten. Dem „Hann. Cour." schreibt man aus Lübeck: Von der achten Kompagnie zweiten Bataillons des hier in Garnison liegenden 162. Infanterie-Regiments wurden acht Soldaten (ohne Charge) wegen Theilnahme an einer an einem Sonntage kurz vor Weihnachten stattgehabten Schlägerei in einem hiesigen Tanzlokale zu einer Festungsstrafe von acht Monaten verurtheilt. Die Strafe soll in Spandau verbüßt werden, wohin die Leute bereits abgeschickt wurden. — Zweifellos handelt es sich um den Skandal, der s. Z. in der „Flora" stattgefunden hat. Wunderbar ist wieder, daß man die erfolgte Bestrafung auswärtigen Blättern mittheilt, in Lübeck sie jedoch hübsch verschweigt. Sollte Herr Heise, der doch so gute Beziehungen zur Kaserne unterhält, wirklich nichts von dem Urtheil erfahren haben?

Die Gewerbebank hielt Donnerstag Abend eine ziemlich gut besuchte Generalversammlung ab. Es wurde beschlossen, von dem Reingewinn, der 12 820,08 Mark beträgt, eine Dividende von 4 1/2 Proz. zu vertheilen. In den Aufsichtsrath wurden die Herren Görtz, Kahns, Stapelfeldt und Schwartz gewählt. Die Zahl der Mitglieder der Bank betrug am 1. Januar 631.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Sonntag werden zwei Vorstellungen gegeben. Nachmittags — Anfang 3 Uhr — geht zum unbedingt letzten Male „Frau Venus" in Scene und zwar, um auch den weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, dieses großartig ausgestattete Stück kennen zu lernen, zu ermäßigten Opernpreisen. Der Abend (Anfang 6 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr) bringt eine große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen. Zur Aufführung kommen die überaus melodiöse Oper von Kreutzer „Das Nachtlager in Granada" und eine Novität, der dreiaktige Schwank von Lauffs und Jacoby „Die Goldgrube".

Arbeiterrisiko. Mittwoch Nachmittag fiel der Arbeiter Kahl im Eiskeller in der Yorkstraße so unglücklich in einen Eishaken, daß die Spitze des Hakens etwa 4 Zoll in den Rücken eindrang. Herr Arzt Raben, dessen Hülfe sofort in Anspruch genommen wurde, legte dem so schwer Verletzten einen Verband an und veranlaßte seine Ueberführung nach der Privatwohnung.

Mehr Licht! Man schreibt uns: Bereits seit einem Vierteljahr ist die Gloxinstraße mit einem Laternenpfahl versehen, jedoch an eine Lichtkuppel ist nicht zu denken, obwohl doch die Straße auch von Steuerzahlern bewohnt ist, welche Morgens und Abends das Vergnügen haben, ihr Heim im Dunkeln zu verlassen resp. aufzusuchen. Uebrigens ist es höchst verwunderlich, wie es Postboten, Zeitungs- und Brodfrauen 2c. möglich ist, ihrer Beschäftigung nachzugehen, da eine Hausnummer der Dunkelheit wegen nicht zu erkennen ist. Dasselbe Klagelied könnte auch der Theil der Bewohner der Adlerstraße singen, welcher der Fackenburger Allee nahe liegt.

Amtliches. Der Senat hat den Gerichtsschreiber beim Amtsgerichte H. C. E. Propp auf sein Ansuchen zum 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt. — An Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen Ingenieurs Carl Bernhardt hat der Senat den Marine-Oberstabsingenieur a. D. (Fabrikinspektor) Carl Wilhelm Johannsen hierselbst zum stellvertretenden Mitgliede der Prüfungskommission für Seedampfschiffs-Maschinisten ernannt.

Die Schulwärterstelle an der dritten St. Lorenz-Schule ist wieder besetzt. Die Bewerber werden aufgefordert, ihre Zeugnisse usw. an der Senatskanzlei (Morgens 9 bis Abends 7 Uhr) baldthunlichst wieder entgegenzunehmen.

Die Vertilgung der Ratten wird fortgesetzt. Das Polizeiamt bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß auch fernerhin für eingelieferte todte Ratten, und zwar bis zum 15. März d. J., eine Prämie von 5 Pfennig gezahlt werden wird. Nach der „E.-Z." wurden bis Donnerstag im Ganzen 205 todte Ratten beim Polizeiamt abgeliefert. Da die erste Bekanntmachung des Polizeiamts am 20. Januar d. J. erfolgte, so ist das eine immerhin beträchtliche Menge.

pb. **Ein Netz mit Kartoffeln** ist gefunden worden. Der Eigenthümer wird ersucht, es sich beim Polizeiamt abzuholen.

pb. **Wegen Entwendung** von verschiedenen Sachen aus dem Geschäfte seines Dienstherrn ist gegen einen Knecht Anzeige erstattet worden.

pb. **Wegen Bettelns**, bezw. Aergerniß erregender Trunkenheit wurden Donnerstag je 6 Personen festgenommen.

pb. **Wegen Betruges** ist gegen ein noch schulpflichtiges Mädchen Untersuchung eingeleitet worden. Das Mädchen hat auf anderer Leute Namen in verschiedenen hiesigen Geschäften Waaren wie Schürzen, Unterröcke u. s. w. entnommen. Die Sachen wurden in der Wohnung der Eltern sämtlich vorgefunden. Die Mutter des Mädchens soll sich der Hehlerei schuldig gemacht haben und ist deshalb in die Untersuchung einbezogen worden.

Malente. Das Gemeindesteuer-Umlageregister pro 1900 liegt vom 18. Februar bis 3. März zur Einsicht der Betheiligten und Einbringung etwaiger Bemerkungen bei dem Gemeinderechnungsführer aus.

Hamburg. Die Wahl eines nichtjuristischen Senators an Stelle des verstorbenen Senators Möring wurde Freitag vorgenommen. Die Wahl nahm sehr viel Zeit in Anspruch, da erst beim dritten Versuch der Wahlaufsatz gelang. Es wurde Herr Otto E. Westphal mit 77 Stimmen gewählt.

Hamburg. Das Resultat der Abstimmung über die Frage der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats ist folgendes: Es stimmten 12 044 Gewerkschaftsmitglieder für und 2569 gegen die Errichtung eines solchen. Mit etwa drei Viertel Mehrheit wurde beschlossen, daß das Arbeiter-Sekretariat nur solche Personen in Anspruch nehmen dürfen, die einer Gewerkschafts-Organisation angehören.

Kiel. Eine Messerstecherei fand Donnerstag zwischen Marinematrosen statt. Von sechs an der Schlägerei Betheiligten wurde ein Rekrut ziemlich erheblich verwundet.

Flensburg. Wegen Majestätsbeleidigung gerieth ein in einem hiesigen Herren-Garderobengeschäft angestellter Commis Hansen, ein gebürtiger Nordschleswiger, in Haft.

Friedland. Lohnbewegung im Baugewerbe. Die hiesigen Maurer hatten an ihre Arbeitgeber die Erklärung abgegeben, daß sie beim Beginn der Bauarbeiten nicht wieder für den bisherigen Lohn von 27—28 Pfg. pro Stunde anfangen werden, sondern einen Stundenlohn von 33 Pfg. fordern; ferner sei die Zahl der täglichen Arbeitsstunden von 11 auf 10 herabzumindern, und bei jedem größeren Bau eine Baracke zum Schutz für die Arbeiter herzurichten. Da die Arbeitgeber nicht gewillt sind, den beiden ersten Forderungen nachzukommen, so haben sie sich, nach der „Meckl. Ztg.", zusammengethan, um sich Arbeitskräfte von auswärts (Italien) kommen zu lassen. In den nächsten Wochen werden etwa 100 italienische Maurer hierselbst Quartier beziehen. — Traurig genug, daß die doch jedenfalls patriotischen (!) Arbeitgeber sich ausländische Streikbrecher kommen lassen, statt ihren alten und treuen heimischen Arbeitern in einer Zeit allgemeiner Theuerung wenige Pfennig Lohnerhöhung zukommen zu lassen, oder wenigstens mit ihnen zu verhandeln. Vielleicht handelt es sich aber bei der Ankündigung des Italienerzuzugs nur um einen Schreckschuß, die Maurer einzuschüchtern.

Bremen. Der hiesige sozialdemokratische Verein ist im letzten Jahre erheblich an Mitgliedern gewachsen; er zählt jetzt ca. 1800 Mitglieder. Der

Bericht des Kassirers ergab eine Einnahme von 15 628,58 Mark, der eine Ausgabe von 18 494,88 Mark gegenübersteht. Das Deficit, entstanden durch gesteigerte Ausgaben infolge der Bürgerschaftswahl, wurde vollauf gedeckt durch einen Kassenbestand von über 5300 Mark aus dem Vorjahre. Aus den Einkünften des Vereins wird außer der Agitation im bremischen Wahlkreise (außer Bremerhafen) auch die kostspielige Agitation im 18. hannoverschen Wahlkreise Stade-Bremervörde bestritten. Für die dänischen Ausgesperrten entsandte der Verein 2200 Mark.

Bremen. Hafeninspektor für den Freibezirk. Der Senat stimmte den zusätzlichen Beschlüssen der Bürgerschaft vom 31. v. M. in Betreff der Ausdehnung der Thätigkeit des Hafeninspektors auf sämmtliche Stromflächen der städtischen Weser, einschließlich der kleinen Weser, und in Betreff des Jahresberichtes des genannten Beamten zu.

Aus Nah und Fern.

Vom englischen Transportdampfer „Manna" entflohen drei Burengefangene. Sie hatten sich Rettungsgürtel verschafft und sprangen eines Nachts über Bord. Einer wurde am nächsten Morgen ganz erschöpft an einer Boje auf dem halben Wege zur Küste angeklammert gefunden, von den andern nahm man an, daß sie eine Beute der Haifische geworden seien. Aber wenige Tage später erhielt der Admiral einen Brief mit Schmähungen, wobei der englische Wachtdienst noch besonders schlecht wegkam. Unterzeichnet war der Brief: „Die beiden Buren, die entwischten."

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 16. Februar.

Butter.

I. Qualität	Mk. 103—109
II. Qualität	„ 98—102
Ferner:	
Abfallende und ältere Waare	„ 90— 96
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	„ 75— 85
Galizische und ähnliche	„ 86— 90
Inländische Sommer-	„ — — —
Amerikanische Waare	„ — — —

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 16. Februar.

Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter wie gestern.

Zugeführt wurden 1120 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die Geburt einer **gesunden kräftigen Tochter** zeigen hocherfreut an
Wilhelm Hoffmann und Frau,
Gr.-Steinrade. Elise, geb. Lau.

1 heizb. möbl. Zimmer zu vermiethen Friedenstr. 61, 1.

Ein freundl. Logis f. e. jg. Mann Schmiedestraße 25, 2. Et.

Logis für zwei junge Leute ist zu vermiethen Weiter Krambuden 4.

Gesucht zum 1. April **eine Wohnung** von einem jungen Ehepaar im Preise von 160—180 Mk. Offerten u. **Z V** an die Exped. d. Bl.

Eine guterhaltene Hobelbank zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unt. **R L** an die Exped. d. Bl.

Ein guterhaltenes Fahrrad Umstände halber billig zu verkaufen Falkenstraße 28 a, 1. Et.

Ein Haus sofort zu verkaufen enth. 2 Wohnungen nebst Zubehör. Näheres Margarethenstraße 17.

Kl. eleg. Garnitur, best. aus einem 2sitz. Divan, 4 Sessel und 1 Sophatisch, ist Umstände halber für Mk. 70 zu verkaufen, besonders passend für Brautleute. Bei St. Johannis 26, im Flügel.

Ein Haus mit 2 Wohnungen, Stall und Hofplatz zu verkaufen. Zu erfragen Fackenburger Allee 55 c.

Ein guterhaltener Kinderwagen und eine **Wassertonne** zu verkaufen Langer Lohberg 21/7.

Ein roth-schwarzes Kleid Trauer halber billig zu verkaufen Falkenstraße 34

2 Ziegen zu verkaufen Schönkampstraße 3b.

1 Satz Ferkel zu verk. J. Klüwer, Schwartauer Allee 133

Sonntag steht **eine große Parthie Ferkel** zum Verkauf in Strampfer's Gasthof in Schwartau.

Die Beleidigung, die ich von Herrn Claussen gegen die Schweitzer ausgesprochen haben soll, nehme ich hiermit zurück.
Frau **Steen.**

Empfehle mich zu allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten. Richte ein zur Selbstanfertigung in und außer dem Hause.
Schneiderin, Kraniestraße 8, Holstenthor.

Zum Theaterfrisiren, Darleihen von Perrücken und Bärten empfiehlt sich
Engelsgrube 55 **Ed. Radtke,** Ecke Schwönekenquerstraße.

Friedr. Paetau, Wurstfabrik
Mühlenstraße 27.
Rauchstücke, ger. Nacken u. Köpfe
Dicke Rippen
Sonnabend 5 Uhr: **Warme Knackwurst**
Frischen Spießbraten.

Unstreitig
kaufen Sie bei uns sämmtliche
Arbeiter-Garderoben
am besten und billigsten.
Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft

Leder-Hosen	nur Mk. 1,40	an
Zwirn-Hosen	nur Mk. 1,00	an
Maschinisten-Hosen	nur Mk. 0,85	an
Maschinisten-Jacken	nur Mk. 0,85	an
Arbeiter-Hemden	nur Mk. 0,75	an
Schlachter-Jacken	nur Mk. 3,50	
Manchester-Hosen	nur Mk. 2,80	an
Arbeits-Westen	nur Mk. 0,90	an

Sämmtliche bei der Inventur zurückgesetzten Waaren jetzt zu
jedem annehmbaren Gebot.
Welthaus, Goldene 33'
nur Breitestraße 33, eine Treppe.
Lübecks größtes u. billigstes Spezial-Geschäft eleg. Herren- u. Knaben-Garderob.

Ausverkauf.

Einen grossen Posten zurückgesetzte Damen- u. Kinderfilzschuhe
à Paar 25—100 Pfg.
Einen grossen Posten Herren-Rossleder- genagelte Schnürschuhe
Größe 40—46, 4,00 Mk.
Einen grossen Posten Damen- genagelte Rossleder-Schnürschuhe
à Paar 2,80 Mk.
Ballschuhe à Paar 1,50, 2,00 Mk., mit Perlenspange à Paar 2,50 Mk.
Kinder-Ohrenschuhe in Leder mit Fleck, Größe 24—26, 0,80, 1,00 Mk.
A. Drenske Nchfl., Breitestr. 21.

Gr. Auswahl in Kinderwagen
ist eingetroffen, sehr **geschmackvolle Muster** zu wirklich **billigen Preisen.**
H. Gröper, Mengstr. 18, Ecke Fünfhausen.

Ein großer Posten bei der
Inventur
zurückgesetzte
Taschenmesser, Tischmesser und Gabeln,
mit Garantie Rasirmesser von 80 Pfg. an,
Scheeren, Waffen
gebe zu jedem annehmbaren Preise ab.
Heinr. Oldorf, Holstenstraße 8.
Reparatur-Werkstatt für Messer, Scheeren, Waffen und Fahrräder.

Im Erscheinen begriffen ist:
„Das Arbeiterrecht"
von **Arthur Stadthagen,** Mitglied des Deutschen Reichstags.
Dem Werke direct angeschlossen ist der
Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.
Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.

Die Gesetze der letzten Jahre, insbesondere das **Bürgerliche Gesetzbuch,** die Gewerbeordnungsnovellen, das Handwerkergesetz, das Gesetz über den unlautern Wettbewerb, das neue Gesetz über Invalidenversicherung, rufen für die Zeit vom 1. Januar ab eine erhebliche Umgestaltung der rechtlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeit hervor. Eine systematische Darstellung der vom 1. Januar ab gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich. War schon nach bisherigem Rechte eine solche Darstellung für die erwerbsthätige Bevölkerung eine Nothwendigkeit, für welche das völlige Vergriffensein der beiden Auflagen des „Arbeiterrechtes" von Stadthagen ein beredtes Zeugniß ablegte, so wird solches Bedürfniß jetzt um so stärker hervortreten, als selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist.

Das **„Arbeiterrecht"** enthält Alles, was für den Arbeiter nothwendig ist zu wissen.

Das **„Arbeiterrecht"** macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich.

Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pfennig erscheinen. Bestellungen nimmt unsere Buchhandlung und deren Colporteure entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Couverts mit Trauerrand, Contobücher 2c.
Briefbogen u. Briefumschläge
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Halle. Sonntags **Tanzkränzchen.** Damen haben freien Eintritt.

Für Schlosser u. Maschinenbauer
empfehle:
Blaue leinene Jacken Mk. 1,40 u. 1,80
Blaue leinene Ueberhosen mit Schnürre Mk. 1,60 und 2,20.
Carl Herm. Mich. Stave
Weiter Krambuden 4, zwisch. Markt u. Marienkirche.
Gegründet 1821

M. Heber, Photograph
Klingenberg 8/9
hält sich bestens empfohlen.

Gesang-Verein „Freiheit"
Einladung zum
BALL
verbunden mit Kappenfest
am Sonntag den 18. Februar 1900
im Lokale des Herrn Koch, „Einsegel".
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Entree 50 Pfg.

Kappen-Fest
der
Buchbinder und verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Lübeck
am Sonntag den 25. Februar
im Concordia-Garten.
Eintritt 50 Pfg. Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Comitee.

Quartettverein Amicitia.
Masken-Ball
am Fastnachtmontag den 26. Febr. 1900
im Colosseum.
Oeffnung des Lokals für Zuschauer 6 Uhr.
„ „ „ „ Masken 7 Uhr
Eingang im Privat-Hause
Maskenzug 8 Uhr.
Karten sind zu haben bei: F. Steen, Reiferstraße 42, C. Mese, Wahmstraße 72, W. Voss, Kl. Altefähre 7, A. Rätze, Großer Kiesau 20, C. Kellmann, Engelsgrube 23, P. Lorenz, Cronsforder Allee 105a, W. Hein, Cigarrengeschäft, Schwönekenquerstraße 24.
Maskengarderobe des Herrn Vitense im Lokale.
NB. Pierrots und Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
Der Vorstand.

Lindner's Hôtel, Schwartau.
Am Montag den 19. Februar 1900:
Schwartauer Markt
Große Tanz-Musik.
Ergebenst **M. Lindner.**

Zum ersten Male in Deutschland.
TONHALLE.
Tägl.: Gr. Concert
der ital. Kapelle
Compagnia „Roma".
Sonntag Anfang 4 Uhr.

Stadt-Theater.
Sonntag:
Nachm. 3 Uhr. **Z. letzt. Male.** Ermäß. Preise.
Frau Venus.
Abends 1/2 7 Uhr. Opernpreise.
Das Nachtlager in Granada.
Novität! Hierauf: Novität!
Die Goldgrube.
Schwank in 3 Akten von Laufs u. Jacoby.
Montag:
1. Gastspiel Werner Alberti.
Die Jüdin.
Anfang 7 Uhr. Gastspielpreise.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Druck: Gebr. Schwartz. — Verlag Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 41. Sonntag, den 18. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Der Entwurf einer neuen Seemanns-Ordnung.

IV.

Berlin, 15. Februar 1900.

Für die Seeleute ist das Koalitionsrecht von großer Bedeutung. Die Forderung dieses Rechtes ist nicht neu. Die im Dienste des Großrhederthums stehenden Zeitungsschreiber befinden sich in einem großem Irrthum, wenn sie glauben machen wollen, die Sozialdemokratie habe erst dem Seemann eine Ahnung von dem Vorhandensein eines gewissen Koalitionsrechts beigebracht. Dem ist nicht so. Die Seeleute selbst, und namentlich die Heizer, Trimmer, Bäcker, Schlachter, Barbiere, Musikanten, Buchdrucker, Küper, Konditoren, Köche, Aerzte, Postsekretäre, Postschaffner, — deutscher und amerikanischer Nationalität — dazu noch Klempner und diverse Andere, die wohlverstanden nicht als sogenannte „Ueberarbeiter", sondern als gewerbliche Arbeiter der Schiffsmannschaft einverleibt sind, haben den Koalitionsbazillus zwischen Vorder- und Hintersteven getragen. Das wissen natürlich die Männer der Feder nicht und deshalb nehmen wir's ihnen auch gar nicht übel, wenn sie einmal über die Schnur hauen.

Zu Nutz und Frommen der Herren wollen wir einen Theil eines Referates wiedergeben, welches der sehr streitbare Kapitän Landerer-Hamburg, wenn wir nicht irren auf dem 25. Vereinstage des Nautischen Vereins, gehalten hat. Der Herr meinte: „Als in der Presse die erste Anregung zu einer Aenderung der Seemanns-Ordnung gegeben sei, hätten sich alle seemännischen Berufskreise beeilt, mit Aenderungsvorschlägen hervorzutreten; alle hätten ihren Einfluß geltend machen wollen, um möglichst auf die Gesetzgebung zu wirken und für sich Vortheile zu erringen. Die Kapitäne verlangten mehr Disziplinargewalt, die Matrosen mehr Freiheit, die Maschinisten seien unwillig, daß sie in einem Athemzuge mit den Aufwärtern genannt würden. Vor Allem hätte sich im Geiste der Mannschaft ein bedeutender Umschwung vollzogen. Als die alte Seemanns-Ordnung geschaffen worden, hatte die sozialistische Bewegung — da ist sie schon wieder! — noch nicht ihre Fangarme auf die seemännische Bevölkerung ausgestreckt, damals habe es im Lexikon der Schimpfwörter der Seeleute nur zwei gravirende Dinge gegeben, nämlich: „Soldat" und „Sozialdemokrat." Das habe sich jetzt geändert. Mit Einführung der Dampfer habe sich ein neues Element in die Mannschaft gedrängt. Der Schreier aus dem Matrosenlogis, der **Seeadvokat,** stehe jetzt nicht mehr allein; es habe sich ein würdiger Kollege zu ihm gesellt: der Heizer — und allmählich sind dann all die oben angeführten Handwerker hinzugekommen. — Während der Matrose früher wenigstens von Jugend auf an Disziplin gewöhnt war, sei der Heizer heutzutage in den meisten Fällen schon ein gereifter Mann, ehe er überhaupt unter Disziplin komme. Hier dränge sich ein aufrührerisches Element unter die Schiffsmannschaft, und dieses Element werde dadurch gefährlich, daß es, dank der kurzen Reisen der modernen Dampfer, jeweilig in kurzer Zeit die Schiffe wechsele. Wenn die Leute auf dem einen Dampfer noch mit Noth im Zügel gehalten worden wären, so könne man sicher sein, daß sie auf dem nächsten, vielleicht aus purer Langeweile, Insubordination begehen würden."

Wenn wir im Schimpflexikon des Herrn Kapitäns lesen, dann begreifen wir vollkommen die „muthvolle" Sprache der Herren auf den Redaktionssesseln der „Berliner Politischen Nachrichten" und deren würdiger Nachbeterin, unserer alten Tante in der Königstraße. Wir begreifen auch den Ton des „Hann. Courier" und anderer „Weltblätter" desselben Schlages. Schrieben doch die „Berliner Polit. Nachrichten" allen Ernstes: „Die Gefahren, welche die Ausübung des in der Gewerbeordnung den Arbeitern zugestandenen Koalitions- und Streikrechts an Bord des Schiffes nach sich zu ziehen vermag, sind so schwerwiegend, daß es der Sozialdemokratie nicht gelingen wird, die rothe Flagge auf den Schiffen aufzuhissen." Der arme Mann hat so viel Verständniß vom Schiffsleben, wie der Esel vom Lautenschlagen. Denn wenn er seine Nase nur einmal auf ein Schiff gesteckt hätte, müßte er wissen, daß der Matrose sehr oft auf Befehl seiner Vorgesetzten, sowohl auf der Handels- wie auch auf der Kriegsmarine, die blutrothe Flagge hissen muß. Wir haben uns auch schon oft darüber gewundert, weshalb die rothe Signalflagge — B oder W — nicht schon lange von den Schiffen entfernt worden ist.

Wie sich in den Köpfen der Herren vom „Hann. Cour." das Koalitionsrecht der Seeleute ausmalt, davon eine kleine Probe:

„Ein charakteristisches Zeichen für die geringe geistige Fühlung, die die Genossen mit dem Seemannsstande haben, ist gerade ihre Forderung des Koalitionsrechtes für die Seeleute. Es ist nämlich keine Uebertreibung, wenn man sagt: Es wird sich nur sehr schwer auch nur ein erfahrener, tüchtiger Seemann (aller Klassen) finden, der, nachdem er sich wirklich klar gemacht hat, was das heißt „Koalitionsrecht der Seeleute an Bord und auf See", „Streikrecht auf See", noch dies Recht „hartnäckig" fordert, der nicht vielmehr diese Forderung für Leichtsinn und für ein Zeichen schlechten Verständnisses für die Eigenthümlichkeiten der Seefahrt erklären wird. (??) Der Seemann weiß, wie leicht das Schicksal von Schiff und Besatzung davon abhängen kann, daß der auf der Brücke der absolute Herr an Bord ist. Aber selbst wenn wir von der Gefährlichkeit jenes Rechtes für Menschenleben und Schiff absehen — wer soll denn seine Fracht deutschen Schiffen noch gern anvertrauen, wenn man sich sagen muß: „Auf ihnen ist Koalitions- und Streikrecht und damit immer die Gefahr willkürlich verlängerter Reisen und darum unpünktlicher Ablieferung. (Schrecklich!) Die Folgen der sinkenden Schifffahrt aber würde doch der Seemann bitter am eigenen Leibe in sinkender Heuer (man will doch nicht etwa von den **2,47** Mark pro Tag noch Abzüge machen?) und verminderter Arbeitsgelegenheit merken. Kurz und gut: die Forderung des Koalitionsrechtes der Seeleute ist eine charakteristisch sozialdemokratische Forderung."

Bumms!

Die beiden müßten eigentlich zusammen die „Hundewache" gehen und später auf ihrer Freiwache die Groß- und Stangenpardunen labsalben.

Das spricht über Seeleben, als wenn es wirklich einmal dabei gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns an einen Geheimrathssohn, welcher wohlausgerüstet — von Allem hatte Mutter ihm ein Dutzend mitgegeben — direkt von der Universität kommend bei uns an Bord schneite. Mit dem Männchen war nichts anzufangen. Das einzige Nützliche, was er konnte, war, daß er seinen Wachmaten aus einem alten Schmöker so lange etwas vorlas, bis Alle so nacheinander sanft eingeschlafen waren. Die Bezeichnungen der vielen laufenden und stehenden Taue hat er nie kennen gelernt. Eine „Zeising" konnte er niemals finden, und als der „Große" ihm einmal, um seinem Gedächtniß zu Hülfe zu kommen, fragte, wie denn der schöne Singvogel — er meinte natürlich den Zeisig — heiße, erwiderte das Männchen ganz treuherzig: die Nachtigal.

Und wer weiß, ob nicht dieser, nun auch schon gereifte Herr mit Würde den Redaktionssessel irgend einer Zeitung ziert und tüchtig über seine ehemaligen Kameraden, bei denen er so jämmerlich abgeschnitten hat — eine Reise von 4—6 Wochen hat er's ausgehalten —, mit allem Pathos sittlicher Entrüstung herfällt.

Doch wir wollen den beiden oben zitirten Landratten einmal eine Wasserratte gegenüberstellen.

Der Abgeordnete Th. Schwartz sagte bei Gelegenheit der Debatte über den Etat des Reichsamt des Innern am 21. Februar 1893:

„Der Seemann, der von der Pike auf dient, ist ganz genau davon unterrichtet, daß auf einem Schiffe Ordnung sein muß, und auch davon, daß ohne Disziplinargewalt mit einem Schiff nicht über See zu kommen ist. Er ist darin aufgewachsen, man hat es ihm von seiner Jugend an beigebracht, er hat es gesehen, wie alle anderen neben ihm Stehenden und Dienenden sich unter diese Disziplinargewalt gefügt haben, und er selbst ist ebenfalls der Ansicht geworden, daß ohne Disziplinargewalt auf einem Schiff nicht auszukommen ist. . . . Ich bin der Ansicht — und das ist jeder Seemann — daß eine Disziplin herrschen muß, und ich bin auch der Ansicht, daß die Disziplinargewalt in die Hand des Schiffsführers oder seines Stellvertreters gelegt werden muß; denn sowie das Schiff den Hafen verlassen hat und auf der hohen See sich befindet, ist es von der ganzen übrigen menschlichen Gesellschaft abgeschlossen, dann bildet es ein gewisses Ganze für sich allein, und da muß allerdings, wie in einem Staatswesen, Ordnung und Disziplin herrschen." (Sehr richtig! links.)

Das hört sich denn doch etwas anders an, als das Geschwafel der „Rhederadvokaten" auf den wohldotirten Redaktionssesseln.

Der Streit um das Koalitionsrecht der Seeleute ist so alt als der erste sozialdemokratische Entwurf einer neuen Seemannsordnung von 1893. Von ihm, und zwar von dem § 80 a des Entwurfs, ging der Kapitän Landerer-Hamburg aus, als er auf dem Nautischen Vereinstag seine Philippika gegen die Sozialdemokratie im Allgemeinen und die bösen „Seeadvokaten aus dem Volkslogis" im Besonderen schleuderte. Und auch die Regierung geht in ihrer Begründung der ablehnenden Haltung bezw. des Koalitionsrechtes von dem § 80 a des sozialdemokratischen Entwurfes aus.

Der § 80 a lautete:

„Die Schiffer und Schiffsleute haben das Recht, sich zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu versammeln und Vereine zu bilden. Sämmtliche der freien Ausübung dieses Rechtes entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

„Wer die Ausübung dieses Versammlungs- und Vereinigungsrechtes hindert oder zu hindern sucht, wird mit Gefängniß bestraft."

In der Regierungsvorlage finden sich keine Bestimmungen über das Koalitionsrecht. In der Begründung heißt es u. A.:

Als nicht wohl ausführbar erwies es sich, der Forderung der Schiffsleute, oder doch eines großen Theils derselben, auf Gewährung der Koalitionsfreiheit zu entsprechen. Und weiter:

„Was das Koalitionsrecht betrifft, so bestanden bei der Mehrzahl der gehörten amtlichen Stellen und auch in Rhederkreisen keine grundsätzlichen Bedenken, das den gewerblichen Arbeitern im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht auch den Schiffsleuten soweit zuzugestehen, als es mit der Natur des Schiffsdienstes verträglich sei. In letzterer Beziehung war aber daran festzuhalten, daß dieselben Gesichtspunkte, welche in der bisherigen Seemannsordnung zu den Vorschriften über den Zwang zum Dienstantritte (§ 29), den unweigerlichen Gehorsam bezüglich des Schiffsdienstes (§§ 30, 73 Absatz 2, 86, 87, 89, 91, 92), die volle Disziplinargewalt des Schiffers bei Widersetzlichkeit oder beharrlichem Ungehorsam (§ 79 Absatz 2) geführt haben, es unzulässig machen, Verabredungen und Vereinigungen der im § 152 der Gewerbeordnung gedachten Art an Bord des Schiffes zu gestatten. Eine Befugniß der Schiffsleute, beispielsweise im Volkslogis Versammlungen der dienstfreien Wache zur Erörterung über eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Niederlegung der Arbeit abzuhalten, würde die auf dem

---

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

38. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In einem Augenblick war der Blitz erloschen und sie befanden sich wieder in der Dunkelheit. Doch nun begann das Gewitter sich langsam zu verziehen und der Mond brach durch die Wolken; schien er auch noch nicht klar, so wurde es doch etwas heller und auch der Regen ließ nach und hörte schließlich ganz auf. Das Gewitter zog majestätisch dahin in der Nacht, und sie vernahmen nichts mehr als das Rauschen des fließenden Stromes.

„John," sagte Jeß plötzlich, „können wir nichts thun?"

„Nichts, Liebe."

„Werden wir davonkommen, John?"

Er zögerte. „Das liegt in Gottes Hand, meine Liebe. Wir sind in großer Gefahr. Wenn der Wagen umstürzt, müssen wir ertrinken. Können Sie schwimmen?"

„Nein, John."

„Wenn wir uns hier bis Tagesanbruch halten, so können wir vielleicht an's Ufer kommen, wenn jene Teufel nicht da sind und uns erschießen. Ich glaube nicht, daß wir viel Aussicht mehr haben."

„John, fürchten Sie den Tod?"

Er zögerte, „Ich weiß es nicht, Liebste. Ich hoffe, ihm wie ein Mann entgegenzugehen."

„Sagen Sie mir, was Sie in Wahrheit denken. Gibt es noch irgend eine Hoffnung für uns?"

Wieder zögerte er und überlegte, ob er ihr die Wahrheit sagen solle; dann beschloß er, es zu thun.

„Ich sehe kein, Jeß. Wenn wir nicht ertrinken, so werden wir erschossen. Sie werden am Ufer warten, bis der Tag anbricht, und um ihrer selbst willen werden sie nicht wagen, uns am Leben zu lassen."

„Jeß, liebe Jeß," fuhr er fort, „es hat keinen Werth, etwas Unwahres zu sagen. Unser Leben kann in der nächsten Minute zu Ende sein. Nach menschlichem Ermessen muß es abgelaufen sein, ehe die Sonne aufgeht."

Die Worte waren fürchterlich — es ist etwas Entsetzliches, in der vollen Kraft der Jugend und Gesundheit plötzlich dem Tode in's Gesicht zu sehen und zu wissen, daß in wenigen Minuten das Leben verronnen sein wird. Es ist etwas Entsetzliches, wie jeder weiß, der sich schon in ähnlicher Gefahr befunden hat, und Johns Herz erbebte bei dem Gedanken, denn der Tod ist gar gewaltig. Und doch gibt's etwas, das stärker ist als der Tod, etwas, das den Tod überwindet: eines Weibes volle Liebe — gegen sie hat selbst der Tod keine Macht. So kam es, daß, als er seinen eisigen Blick auf Jeß richtete, ihm deren Augen mit einem wunderbaren, überirdischen Glanz begegneten. Sie fürchtete den Tod nicht, nun sie ihm mit ihrem Geliebten entgegensehen durfte. Der Tod war ihre Hoffnung, ihr Glück. Hier hatte sie nichts — dort ward ihr vielleicht alles, jedenfalls doch Schlaf zu Theil. Die Fesseln waren gefallen; eine übermächtige Hand hatte sie gesprengt. Ihrer Pflicht war Genüge geschehen, ihre Aufgabe erfüllt und sie war frei — frei mit ihrem Geliebten zu sterben. Ach, ihre Liebe war wirklich tiefer als das Grab; und nun erhob sie sich mit all ihrer Kraft; sie berührte die Erde nur noch mit der Spitze ihres Fußes, bereit nach dem Stern der Liebe zu entschweben, sobald ihr die Auflösung Schwingen verliehen haben würde.

„Sind Sie dessen ganz sicher, John?" fragte sie wieder.

„Ja, Liebe, ja. Warum zwingen Sie mich, es zu wiederholen? Ich sehe keine Rettung mehr."

Ihre Arme waren um seinen Nacken geschlungen, ihre weichen Locken schmiegten sich an seine Wangen und der Hauch ihrer Lippen spielte auf seinem Antlitz. Nur indem sie einander in's Ohr sprachen, ließ sich ein Gespräch führen, weil das Rauschen des Wassers ihre Stimmen übertönte.

„Weil ich Ihnen etwas zu sagen habe, was ich nur sagen kann, wenn wir sterben müssen. Sie wissen es, aber ich will es mit meinem eigenen Munde aussprechen, ehe ich sterbe. Ich liebe dich, John, ich liebe dich und ich freue mich des kommenden Todes, weil ich mit dir sterben, mit dir dahingehen darf."

Er vernahm ihre Worte, und so groß war die Macht ihrer Liebe, daß die seinige, die ihm in den Schrecknissen dieser Stunde ganz aus dem Sinn gekommen war, wieder erwachte und an Gluth der ihrigen gleichkam. Im Gefühl seiner heißen Leidenschaft vergaß er selbst die Nähe des Todes. Sie lag noch in seinen Armen, in die er sie während des Schießens gezogen hatte, und er beugte sich über sie herab und sah sie an. Das Mondlicht spielte auf ihrem bleichen, zuckenden Antlitz und ließ in ihren Augen das erkennen, von dem sich kein Mann, der es erblickt, wieder abwenden kann. Und wieder überkam ihn, wie damals in dem kleinen Hause, das süße Gefühl unbedingter Unterwerfung unter ihren überwältigenden Willen. Aber nun, da alle irdischen Bedenken geschwunden waren, nun zögerte er nicht länger, er preßte seine Lippen auf die ihren und küßte sie wieder und wieder. Vielleicht war dies die tragischste und wildeste Liebesszene, die der alte Mond dort oben je beschienen hat. Da genossen die beiden im Schatten des Todes das vollste, reichste Glück, das das Leben nur zu bieten vermag. Ja, der Tod selbst war Zeuge dieses Augenblickes, denn zu ihren Füßen, halb versteckt im Wasser, lag die Leiche des Zulu.

Hin und her schwankte der Wagen im Tosen des angeschwollenen Flusses, auf und ab hoben und senkten sich neben ihnen die Leichen der ertrunkenen Pferde und über den Wogen flimmerten und zitterten die Strahlen des Mondes.

Doch von alledem bemerkten sie nichts; sie dachten nichts, als daß ihre Herzen sich gefunden hatten, und fühlten sich glücklich in einer wilden Freude, die zu empfinden dem Sterblichen nicht oft zu theil wird. Die Vergangenheit war

Schiffe unentbehrliche Disziplin untergraben und die autoritative Stellung des für die Sicherheit des Schiffes und der auf demselben befindlichen Personen verantwortlichen und deshalb mit der strengsten Machtbefugniß ausgestatteten Schiffers erschüttern. Kann aber von der Einräumung der Koalitionsfreiheit an Bord keine Rede sein, so verbleibt für die Schiffsleute nur eine so geringe Möglichkeit zum Gebrauche eines Koalitionsrechts, daß dessen gesetzliche Gewährleistung um so weniger nöthig erscheint, als entgegenstehende Verbotsvorschriften nicht bestehen. Denn nur so lange der Seemann unter Heuervertrag steht, ist er Schiffsmann im Sinne der Seemannsordnung und des § 6 der Gewerbeordnung. Im Rahmen der Seemannsordnung könnten deshalb nur diejenigen Fälle in Frage kommen, in denen der Schiffsmann sich am Lande befindet und dort an Verabredungen und Vereinigungen, etwa in Versammlungen seiner Berufsgenossen, theilzunehmen beabsichtigt. Solche Versammlungen können z. B. für das auf Zeit gemusterte Personal der großen Dampfergesellschaften, während die Schiffe zum Löschen und Laden oder zu sonstigen Vorbereitungen der Wiederausreise im Heimathshafen liegen, immerhin von Werth sein. Indessen könnte auch für solche Fälle von dem Grundsatze, daß der Schiffsmann das Schiff ohne Erlaubniß des Schiffers nicht verlassen darf (§ 30 der geltenden Seemannsordnung, § 32 des Entwurfs), nicht abgegangen werden. Dem Schiffsmann aber ein Koalitionsrecht zuzusprechen, dessen Anwendung in der Hand des Schiffers läge, würde ohne praktische Bedeutung sein."

Die Regierung spricht allen Ernstes auch von „Volkslogis-Versammlungen". Ja, hat man sich denn schon einmal so ein Volkslogis etwas näher angesehen? Ein einigermaßen voll ausgewachsener Mann kann nicht anders als gebückt darin umherkriechen. Wenn die „Versammlung" nur einigermaßen besucht wird, ist so viel Platz, daß einige sich sehr schnell in ihre Kojen legen müssen, wo sie dann aber in der Regel über die folgenschweren Debatten, die über „eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen" gepflogen werden, sanft einschlummern werden.

Was nun die „Niederlegung der Arbeit" anlangt, so braucht doch wahrlich nicht erst ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß wohl noch kein deutscher Seemann auch nur im Entferntesten daran gedacht hat, auf der See die Arbeit einzustellen.

Was die Seeleute wollen, ist, daß man sie am Lande nicht hindert, an Versammlungen und Verabredungen zum Zwecke einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen theilzunehmen. Dieses kann aber heute durch das Machtgebot eines Kapitäns oder dessen Stellvertreters dadurch geschehen, daß man den Schiffsleuten einfach verbietet, an Land zu gehen.

Daß durch Gewährung des Koalitionsrechtes die Disziplin gelockert werden könne und würde, glauben die Herren doch wohl selbst nicht. Heißt es doch Anfangs der Begründung, daß „bei der Mehrzahl der gehörten amtlichen Stellen und auch in Rhederkreisen keine grundsätzlichen Bedenken" vorgeherrscht hätten. Wenn man aber den Schlußsatz der Begründung liest: „Dem Schiffsmann aber ein Koalitionsrecht zuzusprechen, dessen Anwendung in der Hand des Schiffers läge, würde ohne praktische Bedeutung sein", begreift man die Forderung der Seeleute auf Gewährung des Koalitionsrechts um so mehr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wiedereinrichtung der Berliner Produktenbörse. Ein Ministerialerlaß ordnet an, daß wochentäglich in Berlin, Vormittags von 9½—11 Uhr im Produktensaale des Börsengebäudes ein Spezialmarkt abgehalten wird für den Großhandel in Getreide, Mehl und Mühlenfabrikation, Sämereien, Oel und Oelsaaten, Hülsenfrüchten, Kartoffelfabrikaten, Futterartikeln, Butter, Schmalz, Petroleum, Spiritus und Eiern. Der Handel soll indessen nur Montags und Donnerstags stattfinden. Die Feststellung der Preise erfolgt täglich durch eine Marktkommission von 14 Mitgliedern, die der Polizeipräsident von Berlin ernennt. Die Mitglieder sind zu entnehmen in der Zahl von neun aus den Mitgliedern des Vorstandes des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler, von denen zwei Vertreter der Müllerei, oder eines zu dieser in Beziehung stehenden Gewerbes sein müssen; von drei aus den landwirthschaftlichen Mitgliedern des Vorstandes der Produktenbörse und von zwei aus der ständigen Deputation der Eierhändler.

In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses wurde dieser Tage eine Angelegenheit verhandelt, die seiner Zeit außerordentliches Aufsehen erregt hat. Bekanntlich hat der Universitätsprofessor Dr. Neisser in Breslau Syphilisserum gesunden Personen in der staatlichen Klinik eingeimpft und 1898 in einer wissenschaftlichen Zeitschrift über die Ergebnisse dieser Impfung berichtet. Bereits im vorigen Jahre wurde die Angelegenheit im Abgeordnetenhause berührt, und nun erklärte der Vertreter der Staatsregierung, es schwebe zur Zeit gegen den Professor ein Disziplinarverfahren, dessen Beendigung demnächst zu erwarten stehe. Dieses Verfahren sei sofort nach der Veröffentlichung der Impfung in der Zeitschrift im Jahre 1898 eingeleitet worden. — Dieses Verfahren dauert aber etwas lange. Auch ist nicht einzusehen, warum hier nicht der Staatsanwalt einschreitet.

Die Unfallversicherungskommission begann am Donnerstag ihre Berathungen bei dem § 58. Nach demselben hat die Feststellung der Entschädigung „in beschleunigtem Verfahren" zu erfolgen. Da dieser Antrag nichts Bestimmtes besagt, beantragen die Sozialdemokraten, daß für die Feststellung eine Frist von höchstens 4 Wochen nach dem Unfall festgesetzt werde. Diese Frist ist bedingt dadurch, daß nach einem Betriebsunfall vom Beginn der fünften Woche an das Krankengeld auf mindestens zwei Drittel des Arbeitslohnes erhöht werden muß. Trotzdem erklärt sich die Regierung gegen den Antrag, weil es nicht möglich sei, in allen Fällen innerhalb 4 Wochen die nöthigen Voruntersuchungen zum Abschluß zu bringen. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, daß in solchen Fällen eine vorläufige Feststellung zulässig sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Dasselbe Schicksal hatte aus demselben Grunde der weitere sozialdemokratische Antrag, der für die Zustellung des Bescheides der festgestellten Entschädigung eine Frist von höchstens 2 Monaten vorsieht.

Der verunglückte Arbeiter muß nach dem geltenden Recht innerhalb 2 Jahren seinen Anspruch bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anmelden, weil sonst der letztere verjährt. Der Regierungsentwurf enthält die Verbesserung, daß die Anmeldung auch dann genügt, wenn sie bei einer anderen Berufsgenossenschaft erfolgt ist. Die Sozialdemokraten verlangen, daß auch die Anmeldung bei den Behörden zulässig sein soll, denn sonst könnten viele Arbeiter schwer geschädigt werden. Nachdem die Regierung eine Ergänzung des Antrages dahin verlangt und erreicht hatte, daß als Behörden nur die unteren Verwaltungsbehörden zu verstehen seien, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokraten verlangen, daß dem Verletzten vom Schiedsgericht das nöthige Geld zur freien Eisenbahnfahrt zwecks persönlicher Wahrnehmung seines Termins zugestellt werde. Der jetzige Zustand sei gerade für die nicht organisirten Arbeiter am schlimmsten, denn der organisirte Arbeiter erhalte von seiner Gewerkschaft zur Reise an das Schiedsgericht die nöthigen Mittel, während der andere mit Rücksicht auf die für seine Verhältnisse immerhin beträchtlichen Kosten von dem Recht, vor dem Schiedsgericht persönlich zu erscheinen, keinen Gebrauch machen könne. Der Antrag wird aber abgelehnt.

Der Entscheidung des Schiedsgerichts muß, so beantragen die Sozialdemokraten, eine Rechtsbelehrung über die Frist zur Einlegung des Rekurses an das Reichsversicherungsamt angefügt werden. Auch diesem Antrage widerspricht der Geheime Regierungsrath Caspar, da durch denselben mancher Arbeiter, der ohne eine derartige Rechtsbelehrung garnicht an weitere Schritte denken würde, zur Einlegung des Rekurses veranlaßt werden könnte. Die Sozialdemokraten antworten hierauf, daß gerade aus diesem Grunde die Annahme des Antrages nothwendig sei, weil ja sonst die Unkenntniß des Rechtes zum Schaden der Arbeiter ausgebeutet werden würde. Der Antrag fand denn auch eine fast einstimmige Annahme; nur die Nationalliberalen stimmten dagegen.

Um die Geschäfte des Reichsversicherungsamts zu vereinfachen, hat die Regierung vorgeschlagen, daß das Reichsversicherungsamt den Rekurs, der unzulässig oder verspätet ist oder sich als „offenbar ungerechtfertigt" darstellt, ohne mündliche Verhandlung zurückzuweisen hat. Sowohl von den Sozialdemokraten als von den Freisinnigen war beantragt worden, diese Ausnahmebestimmung für den Fall des „offenbar ungerechtfertigten" Rekurses zu streichen. Die Meinungen darüber, welcher Rekurs „offenbar ungerechtfertigt" sei, konnten sehr weit auseinandergehen.

Auch sehe man nicht immer einem von ungeübter Hand hergestellten Rekurse auf den ersten Blick an, welche Gründe noch beigebracht werden könnten. Daher sei es möglich, daß die von der Regierung vorgeschlagene Aenderung das allgemeine Vertrauen zum Reichsversicherungsamt erschüttern würde. Die Regierungsvertreter erklärten wiederholt, daß eine Entlastung des Reichsversicherungsamts unbedingt nothwendig sei. Die vorgeschlagene Aenderung solle nur in ganz zweifellosen Fällen in Wirksamkeit treten, wenn sowohl der Vorsitzende als auch der Vertreter der Unternehmer und der der Arbeiter den Rekurs als unbedingt aussichtslos anerkennen. Um jeden Zweifel zu beseitigen, wird der Wortlaut des Regierungsentwurfs dahin geändert, daß der Rekurs einstimmig für „offenbar ungerechtfertigt" erklärt werden müsse und zweitens wird eine Milderung dadurch herbeigeführt, daß das Reichsversicherungsamt nicht verpflichtet, sondern berechtigt ist, die mündliche Verhandlung ausfallen zu lassen. Nach diesen Aenderungen wird der Regierungsvorschlag angenommen.

Bei Einlegung des Rekurses an das Reichsversicherungsamt soll nach einer weiteren von der Regierung verlangten Abänderung angegeben werden, aus welchem Grunde die Entscheidung des Schiedsgerichtes angefochten wird. Die Freisinnigen verlangen die Streichung dieses Antrages, da eine Erschwerung des Rekurses völlig überflüssig sei. Die Regierung empfiehlt die Abänderung damit, daß nach ihrem Vorschlage das Reichsversicherungsamt sofort in der Lage sein werde, etwaige neue Beweismittel bei Zeiten zu beschaffen und dadurch das Verfahren zu beschleunigen. Auf verschiedene Anfragen giebt die Regierung die Erklärung ab, daß durch das Fehlen von Gründen der Rekurs weder als unzulässig noch verspätet oder als „offenbar ungerechtfertigt" gelten kann. Hierauf ziehen die Freisinnigen ihren Antrag zurück und der Vorschlag der Regierung wird angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Anstreicher, Maler und Lackierer in Mainz haben durch ihren Gesellenausschuß den Meistern ihre Forderungen unterbreitet. In der Hauptsache sind diese: „Zehnstündige Arbeitszeit, Mindestlohn für Gehilfen unter 20 Jahr 36 Pfennige pro Stunde, über 20 Jahre 42 Pfennige. Außerdem soll eine allgemeine Lohnerhöhung von 7 Pfennig pro Stunde nach den im Jahre 1899 gezahlten Löhnen eintreten." Von den Arbeitern dieser Branche sind 85 pCt. organisirt, ihre Forderungen dürften daher die beste Aussicht auf Erfolg haben. — Montag, den 12. Februar, haben die Getreideträger in Magdeburg die Arbeit eingestellt, da ihnen der minimale Aufschlag von ½ Pf. pr. Zentner verweigert wurde und die Unternehmer jedes Entgegenkommen schroff ablehnten. Es werden hauptsächlich die Schiffer ersucht, nicht nach Magdeburg zu gehen, um dort Arbeit anzunehmen. — Alle Arbeiter der Konfektionsbranche in Posen wollen behufs Erzielung höherer Lohnsätze in die Lohnbewegung eintreten. Die Konfektionsindustrie ist in Posen bedeutend, da ein namhafter Export stattfindet. — Die Kutscher und Fahrgeldeinnehmer der Brüsseler Trambahn der „Société de tramways vicinaux" sind Donnerstag Morgen in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung.

Die Forderung der Betriebswerkstätten für das Schneidergewerbe ist von den Unternehmern der Branche in Berlin mit geringen Ausnahmen abgelehnt worden. Das ging aus dem Bericht hervor, den die Lohnkommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins der letzten öffentlichen Versammlung erstattete. Die Versammlung beschloß darauf, mit der Einführung von Lohntarifen vorzugehen und zunächst den Inhabern der Maßgeschäfte einen spezialisirten Tarif zu unterbreiten. Die Kommission erhielt die Aufgabe, sich ungesäumt mit den in Betracht kommenden Geschäften in Verbindung zu setzen. Es sollen in nächster Zeit Werkstattversammlungen stattfinden, in denen über das Vorgehen gegen die einzelnen Geschäfte Beschluß gefaßt wird. Angesichts der ablehnenden Haltung der Geschäftsinhaber in der Tariffrage, die schon in früheren Lohnbewegungen eine Rolle spielte, ist ein allgemeiner Streik im Monat März wahrscheinlich.

Nachspiel zum Magdeburger Majestätsbeleidigungsprozeß. Wegen Beleidigung des Vorsitzenden in jenem Prozeß, des Landgerichtsdirektors Fromme wurde Redakteur Genosse Huth von der „Brandenburger Zeitung" von der dortigen Strafkammer zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Nachdem das Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben war, wurde Huth in der neuen vor dem Landgericht Potsdam geführten Verhandlung wieder zu 1 Monat verurtheilt. Die auch hiergegen eingelegte Revision wurde nunmehr vom Reichsgericht verworfen.

Parteiorganisation. Die Parteigenossen Elberfelds beschlossen, die Institution des Vertrauensmannes aufzuheben und sämmtliche Parteigeschäfte dem Vorstand des Volksvereins zu übertragen.

Holländische Justiz. Ein drakonisches Urtheil gegen unsern Genossen P. J. Troelstra wurde am Dienstag im Haag durch den „Hohen Rath der Nieder-

---

vergessen, sie standen dicht vor der Zukunft und zwischen beiden bildete die völligste, durch das nahende Ende geheiligte Leidenschaft die Brücke. Bessie war vergessen, alles war vergessen, denn sie waren allein, allein mit dem Tode und ihrer Liebe.

Diejenigen, die geneigt sind, sie zu tadeln, mögen mit ihrem Urtheil noch einen Augenblick zurückhalten, sie hatten Treue gehalten, sie hatten sich selbst verleugnet und waren dem Pfade der Pflicht gefolgt. Doch die Verbindlichkeiten, die das Leben auferlegt, endigen auch mit dem Leben. Niemand kann sich über dieses Leben hinaus binden. Und nun, da die Hoffnung entschwunden und ihr Leben an dem äußersten Ende angelangt war, warum sollten sie nun nicht noch das Glück erhaschen, ehe sie dorthin wanderten, wo vielleicht Alles vergessen wird. So schien es ihnen wenigstens, wenn sie überhaupt noch fähig waren, zu denken.

Er blickte in ihre Augen und sie legte ihr Haupt an sein Herz in jener stummen, vertrauensvollen Hingebung, die man wohl manchmal finden kann im Leben, die sich aber von der gewöhnlichen Leidenschaft durch ein unerklärliches, nur ihr eigenes Etwas unterscheidet. Er blickte in ihre Augen und war froh, daß er gelebt, ja selbst, daß er diese Todesstunde erreicht hatte. Und sie, in den Tiefen ihrer eigenen Natur verloren, schluchzte ihre leidenschaftliche Liebe aus an seinem Herzen und nannte ihn ihr eigen, ihr eigen, ganz ihr eigen!

Und so entschwanden ihnen die langen Stunden unbemerkt, als die morgendliche Kühle ihnen den Tagesanbruch verkündete. Der Tod, den sie erwarteten, hatte sich noch nicht eingestellt; er mußte nun nahe bevorstehen.

„John", flüsterte sie ihm in's Ohr, „glaubst du, daß sie uns erschießen werden?"

„Ja", antwortete er mit heiserer Stimme, „sie müssen es schon um ihrer eigenen Sicherheit willen thun."

„Ich wollte, es wäre vorüber", sagte sie.

Plötzlich fuhr sie mit einem Schrei empor, wodurch sie den Wagen heftig erschütterte.

„Ich habe vergessen, daß du schwimmen kannst", sagte sie. „Warum kannst du nicht ans Ufer schwimmen und dich unter dem Schutze der Dunkelheit retten? Es ist nicht weiter als fünfzig Schritt und die Strömung nicht allzu heftig."

Der Gedanke, sich ohne Jeß zu retten, war ihm nie gekommen, und nun, da sie ihn anregte, kam er ihm so unsinnig vor, daß er thatsächlich in ein heiteres Lachen ausbrach.

„Wie kannst du so etwas sagen, Jeß!" sagte er.

„Ja, ja, ich will es! Geh! Du mußt gehen! Es kommt auf mich jetzt gar nicht an. Ich weiß, daß du mich liebst, und kann glücklich sein im Tode. Ich werde dich erwarten. O John! Wo immer ich auch sein werde, wenn ich irgend etwas von Leben und Erinnerung in mir habe, werde ich dich erwarten. Vergiß dies dein ganzes Leben nicht! Wie fern ich dir auch scheinen mag, wenn ich überhaupt weiter lebe, werde ich deiner harren. Und nun geh, Geliebter, du sollst gehen, sage ich! Nein, du mußt mir gehorchen. Wenn du nicht gehst, werfe ich mich in's Wasser. O, der Wagen fällt um!"

„Halte dich fest, um Gottes willen!" rief John. „Die Stränge sind gerissen!"

Und so war es auch; das Leder war durch die beständige Reibung am Felsen und das Hin- und Herzerren durchgescheuert worden und zerrissen. Rundum drehte sich der Wagen in der Strömung und begann sich sofort dermaßen nach einer Seite umzulegen, daß der todte Körper des armen Monti ins Wasser glitt. Dies erleichterte den Wagen und für einen Augenblick richtete er sich wieder auf, sofort aber begann er sich zu füllen und zu sinken und John sah, daß alles vorbei war und daß in dem Wagen bleiben einem sicheren Tode entgegengehen hieß, weil die Leinwand sie unter das Wasser gedrückt hätte.

Mit einem frommen Stoßgebet faßte er Jeß um den Leib und sprang ins Wasser. In demselben Augenblick sank der Wagen unter.

„Halte dich ruhig, um Gottes willen!" rief er, als sie wieder an die Oberfläche des Wassers kamen.

Bei dem matten Lichte der Morgendämmerung, die nun über die Erde kroch, konnte er das linke Ufer des Waal unterscheiden, von dem aus sie in der vergangenen Nacht in das Wasser gefahren waren, und er sah sofort, daß er es, belastet wie er war, unmöglich erreichen könne. Vor allem mußte er suchen, sich über Wasser zu halten. Glücklicher Weise war das Wasser warm und er ein sehr guter Schwimmer.

Eine Minute später entdeckte er etwa fünfzig Schritt weiter unten einige Felsen, die zwanzig Schritt weit ins Wasser hineinragten — diese suchte er zu erreichen. Er faßte Jeß' Haare mit seiner linken Hand und machte verzweifelte Anstrengungen, sich durch das an die Felsen brandende Wasser hindurchzuarbeiten, und glücklich faßten seine Füße festen Grund auf dem Flußbett; aber schon im nächsten Augenblick ward er hinweggerissen und überstürzte sich auf dem Grund des Flusses, wobei er sich an den Steinen, die denselben bedeckten, furchtbar zerschlug. Doch wieder gelang es ihm, auf die Füße zu kommen und Jeß festzuhalten. Noch einen erneuten Anlauf — so! Das Wasser ging ihm nur noch bis an die Hüften, und er mußte seine Gefährtin halb tragen.

(Fortsetzung folgt).

lande" bestätigt. Wie bekannt, hatte unser Genosse den Staatsanwalt in Leeuwarden, einen Graf Schimmelpennink, beschuldigt, in einem amtlichen Schriftstück über die drei Gebrüder Hogerhuis, die im Gefängniß sitzen und deren Unschuld Troelstra mit aller Energie verkündete, die Thatsachen falsch vorgetragen und die Wahrheit muthwillig verletzt zu haben. Troelstra that dies, um die ihm überall verweigerte Gelegenheit zu finden, einige Zeugen für die Unschuld der Gebrüder Hogerhuis unter Eid vernehmen zu lassen. Das Haager Gericht hatte Troelstra in erster Instanz freigesprochen in Erwägung, daß er im öffentlichen Interesse gehandelt. Die öffentliche Meinung nahm dieses Urtheil als ganz selbstverständlich hin, wie es auch war. Aber der Haager Staatsanwalt dachte anders, brachte die Sache vor die höhere Instanz und kann sich nun des Erfolges freuen. Der Haager Gerichtshof und dann der hohe Rath verurtheilten Troelstra zu einem Monat Gefängniß.

Aus Sachsen ausgewiesen hat die Polizei in Dresden den Maurer Fallenbeck, der bereits sieben Jahre in Dresden wohnt. Fallenbeck war einer der Leiter des letzten Maurerstreiks und gehörte zu den Opfern, die die sächsische Justiz aus Anlaß dieses Streiks forderte: er erhielt wegen geringfügiger thätlicher Beleidigung eines Arbeitswilligen fünf Monate Gefängniß. Zu dieser ungewöhnlich hohen Strafe fügt die Dresdener Polizeiverwaltung nun noch die Verbannung, die in der Regel die Vernichtung der wirthschaftlichen Existenz des Betroffenen bedeutet. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" meint, daß die Verfügung auf so schwachen Füßen stehe, daß ihre Aufhebung zu erhoffen sei. Wir wollen wünschen, daß die „Sächsische Arbeiterzeitung" recht behält, können es aber nicht glauben. Im Kampfe gegen die Arbeiter kann die Polizei fast immer auf die Unterstützung der Oberbehörde, zumal in Sachsen, rechnen. — Soeben wird gemeldet, daß die Dresdener Polizei die Ausweisungsverfügung gegen den Genossen Fallenbeck zurückgenommen hat. Wie dem Genossen Fallenbeck eröffnet wurde, hat man die Verfügung zurückgezogen, weil man jetzt erst aus den Akten ersehen hat, daß das gegen ihn ergangene Urtheil sich auf eine strafbare Handlung stütze, die zur Verfolgung eines Antrags bedürfe. Es hat lange genug gedauert, ehe die Polizei dahinter kam, daß ihre in diesem Falle an den Tag gelegte Schneidigkeit im schärfsten Widerspruch stand gegen die bestehenden Gesetze. Die völlig ungerechtfertigte Verfügung, die geeignet war, maßlose Erbitterung zu erzeugen und die Existenz eines Arbeiters völlig zu zerstören, würde wohl auch heute noch bestehen, wenn nicht Genosse Fallenbeck in einem eingehend begründeten Rekurs das völlig Gesetzwidrige der Maßregel nachgewiesen und die Kreishauptmannschaft zum Eingreifen veranlaßt hätte. Diese gegen einen seit 7 Jahren in Dresden wohnenden sächsischen Staatsbürger (!) gerichtete Ausweisung, die zur Folge gehabt hätte, daß Genosse Fallenbeck auch im Umkreise von 25 Kilometern herumgehetzt werden konnte, beleuchtet den Eifer und das Wohlwollen der Dresdener Polizei erst im vollen Umfange, wenn man erwägt, daß die Polizei es nicht einmal für nöthig hielt, sich genau über den Fall zu orientiren, sondern in dem Bestreben, die im Maurerstreik an den Tag gelegte Staatsretterei auch fernerhin an einzelnen Personen, welche ehemals sich am Streik betheiligten und deshalb der sächsischen Justiz verfielen, zu erproben, geradezu — wir wollen sagen unvorsichtig vorging. Man hetzt einen Arbeiter, der wegen einer geringfügigen Beleidigung schon in ungeheuerlicher Weise gebüßt, von Hof und Haus, aus Freundeskreisen, von dem Orte, wo er bisher seinen ständigen und ehrbaren Erwerb seit 7 Jahren hatte, und hält es nicht einmal für nöthig, die Akten einzusehen, denn dann hätte man sich leicht überzeugen können, daß im Fall Fallenbeck das Aufenthaltsverbot schon aus offensichtlichen, formellen Gründen nicht zu halten war.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Voruntersuchung gegen den Bankier August Sternberg in Berlin ist nunmehr abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft wird Anklage wegen Sittenverbrechens an Kindern erheben. — Ein Revolverattentat auf den Direktor des Gymnasiums in Rheine verübten zwei von der Anstalt wegen böswilliger Streiche entlassene Schüler. Sie hatten sich zunächst Muth angetrunken, zertrümmerten dann die Fenster an der Turnhalle und veranlaßten den Direktor, vor die Thür seines Hauses zu kommen, wo er sofort mit einem Schuß empfangen wurde. Glücklicher Weise verfehlte die Kugel ihr Ziel und zertrümmerte lediglich eine Wanduhr im Korridor. Die jugendlichen Revolverhelden, von denen der eine aus Münster, der andere aus Paderborn ist, sitzen hinter Schloß und Riegel. — Das Militärgericht in Würzburg verurtheilte den Soldaten Pollinger des 17. Infanterie-Regiments, der sich mit einem Beil den rechten Zeigefinger abgehauen hatte, um dienstuntauglich zu werden, zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängniß und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Aus Karlsruhe wird gemeldet: Professor Scheuermann, katholischer Geistlicher, wurde von der Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrecher, begangen in Rastatt, zu 16 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die lex Heinze thut uns dringend noth! — Ein skandalöser Vorfall ereignete sich in München. Vor einigen Wochen starb dort unter eigenartigen Symptomen ein junger Maler. Die Leiche wurde dem anatomischen Institut zugeleitet und später, weil sich Anhaltspunkte für eine angenommene Vergiftung nicht ergaben, beerdigt. Die Angehörigen des Verstorbenen drangen jedoch auf eine nochmalige genaue Untersuchung der inneren Theile des Verstorbenen. Die Leiche wurde hierauf unter amtlicher Aufsicht und in Anwesenheit von Angehörigen nochmals ausgegraben. Der Sarg wurde geöffnet und die Leiche untersucht. Wer beschreibt aber die Gefühle der Augenzeugen, die im geöffneten Körper der Leiche eine zweite Leiche, die eines Kindes vorfanden, während die gesuchten Eingeweide des Malers (wenn sie es überhaupt waren) unter dem Haupte der Leiche lagen. — Eine gräßliche Leichenschändung wurde vor Kurzem in einer kleiner Stadt in der Nähe von Traunstein verübt. Einer der dortigen Todtengräber hatte ein Grab für eine Frauenleiche auszuschaufeln. Bei der Einsegnung durch die Geistlichkeit stellte sich heraus, daß die Grube zu klein war. Trotzdem ging die Zeremonie vor sich. Der Todtengräber sollte später das Grab entsprechend erweitern. Um sich diese Arbeit zu ersparen, hackte nun der Mann zuerst den Sarg ab, um ihn so verkürzt unter die Erde zu bringen. Als aber auch das nicht half, griff der Todtengräber zum Spaten und schlug der Leiche den Kopf ab. (!!) Durch Zufall wurde diese Art von Leichenbestattung entdeckt. Der Mann wurde sofort vom Dienste suspendirt und seitens der Staatsanwaltschaft die Untersuchung über den Vorfall angeordnet. — Der praktische Arzt C. Z. aus Köln, der in den Elberfelder Militär-Befreiungsprozeß verwickelt ist, ist plötzlich wieder verhaftet worden. Er hatte bereits längere Zeit hier in Untersuchungshaft gesessen und war dann nach einigen Monaten gegen Hinterlegung einer Bürgschaftssumme in Freiheit gesetzt worden. — Die Strafkammer in Konitz verurtheilte den Rechtsanwalt Schlinzigk aus Flatow wegen Unterschlagung in 13 Fällen zu zweijähriger Gefängnißstrafe. — In Schwichow bei Prag brachen sechs Knaben auf dem Eise ein; drei derselben erkranken. — Dienstag wüthete in Zürich ein orkanartiger Schneesturm. Berichte aus der ganzen Schweiz melden große Verheerungen und Betriebsstörungen. Der Telephon- und Telegraphenbetrieb ist vielfach unterbrochen. An mehreren Orten fanden heftige Gewitter und mehrere Brände infolge Blitzschlages statt. In Freiburg brannten infolge Blitzschlags acht Häuser ab. Die Hochwassergefahr ist sehr drohend geworden. — Ein mit leeren Fässern beladener, aus Nantes kommender Dampfer kenterte an der Mündung der Gironde, wobei 13 Mann ertranken. — In Folge eines heftigen Sturmes, der Mittwoch Abend in Palermo wüthete, stürzte in der Nacht ein Haus ein, wodurch sieben Personen getödtet wurden und eine Person schwere Verletzungen davontrug.

Ein Landrath abhanden gekommen! Merkwürdige Dinge passiren in Pommerland: Dem Kreise Grimmen ist der Landrath abhanden gekommen. Zu diesem merkwürdigen Falle veröffentlicht das „Greifsw. Tagebl." folgende Zuschrift:

„Herr Osterroht ist und bleibt sonach für die Oeffentlichkeit unentwegt, auf Grund seiner eigenen Bekanntmachung vom 19. Dezember 1899 lediglich „wegen Krankheit beurlaubt", königlich preußischer Landrath, freilich: in partibus, in der Schweiz. Daß dem Herrn Regierungspräsidenten Scheller von den zahlreichen Zeitungen, welche seit einiger Zeit sich mit der Person des seiner dienstlichen Aufsicht unterstellten Landraths beschäftigen, die eine oder die andere zu Gesicht gekommen ist, darf man annehmen. Die öffentliche Anregung durch die liberale Presse, um öffentlichen Mißständen abzuhelfen, nach welcher sogar Herr Scheller in früheren Fällen (Kreisthierarztfrage, Abwendung von Seuchengefahr) zum Handeln sich entschlossen hatte, ist also auch für den vorliegenden Fall vorhanden. Worauf wartet man in Stralsund? und ist es der dortigen „amtlichen Aufmerksamkeit" entgangen, was sich die Spatzen von den Dächern zupfeifen: daß der königlich preußische Landrath Osterroht am 18. Dezember 1899 durch zwei Mitglieder des Grimmer Kreistages aufgefordert, zu gewissen allgemein verbreiteten, sein Privatleben betreffenden Gerüchten Stellung zu nehmen, selbst den Versuch einer Entschuldigung nicht gewagt hat; daß er dagegen wenige Stunden später im Walde von Wittenhagen einen Selbstmordversuch beging; daß weiter der p. Osterroht hierbei keinen nennenswerthen Schaden genommen hat — in auffallendem Gegensatz zu der gerichtlich festgestellten Thatsache, daß derselbe p. Osterroht vor einigen Jahren im Duell seinen Degner „prompt zur Strecke brachte"; daß weiterhin der p. Osterroht am 20. Dez. nach Berlin gefahren ist, um mehrere Tage später in die „freie" Schweiz abzudampfen, wo er sich jetzt aufhält. Soweit die Spatzen! Die allgemeine öffentliche Meinung aber lautet so: Seit etwa acht Wochen ist nicht nur im Kreise Grimmen, nein, in ganz Vorpommern und Rügen ein unerhörter öffentlicher Skandal im Gange! Stadt und Land, Arm und Reich, alle Kreise der Bevölkerung ohne Unterschied von Alter, Rang und Bildung sind über die Haltung der Regierung geradezu — sagen wir: ohne Verständniß: Nicht nur war er lange genug vorbereitet, dieser Skandal, bevor er am 18. Dezember v. J. zum Ausbruch kam: man geht nicht so ohne weiteres in einer überaus heiklen Angelegenheit zu einem Landrath, noch dazu in Pommern! Weiter: Ganz allgemein hatte, wie aktenmäßig feststeht, Herr Regierungspräsident Scheller Grund genug, der amtlichen Thätigkeit des p. Osterroht erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. — Genug, es sei hier festgestellt: der königliche Regierungspräsident Scheller hat sich als völlig unvermögend erwiesen, durch rechtzeitiges geräuschloses, aber energisches Eingreifen dem hellen Ausbruch des öffentlichen Skandals vorzubeugen. Mag ihm hierfür noch als mildernder Umstand zugebilligt werden: ultra posse nemo obligatur (ein Schelm thut mehr, als er kann)!"

Es ist also etwas faul im Land Pommern. Wagt Niemand — so fragt die „Voss. Ztg." — im Abgeordnetenhause in diesem Falle der Katze die Schelle anzuhängen? Nach den neuesten Nachrichten ist bereits seitens der preußischen Regierung gegen Osterroht am 4. Januar das Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Amte eingeleitet und derselbe am gleichen Tage vom Amte suspendirt worden. Was Herr Osterroht eigentlich auf dem Kerbholze hat, ist aber immer noch nicht bekannt geworden.

Die Nothwendigkeit des Arbeitgeberparagraphen, den die Regierung in die famose Lex Heinze partout nicht hineinhaben will, ergiebt sich von Neuem aus einer Gerichtsverhandlung, die sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Königsberg i. Pr. abgespielt hat. Ein Herr Katz, Inhaber des am Ort befindlichen Waarenhauses Katz u. Co., hatte sich den antisemitischen „Deutschen General-Anzeiger" zu einer Beleidigungsklage herausgesucht, weil dieser neben zahlreichen, aber unbehelligt gebliebenen sozialdemokratischen Blättern über Schamlosigkeiten berichtet hatte, die von Katz gegen die in seinem Waarenhause beschäftigten Verkäuferinnen begangen worden waren. Durch Zeugenaussagen wurde in der Verhandlung u. a. folgendes festgestellt: Frl. Lisbeth St., die 5 Jahre bei Katz war, ist von ihm öfter attackirt worden, sollte ihn in seiner Wohnung besuchen, erhielt von ihm 1898 eine Aussteuer zugesichert, als er erfuhr, sie habe einen Bräutigam. Frl. Gertrud W. warf den Katz sammt dem Stuhl, auf dem er im Comptoir — allein natürlich — saß, um, als er sie gewaltsam um die Taille faßte und zu sich niederziehen wollte. Frl. Anna F., damals wenig über 16 Jahre und angestellt mit 20 Mark Monatsgehalt, obgleich schon zwei Jahre anderweit Verkäuferin resp. dazu ausgebildet, sollte Herrn Katz in seiner Wohnung besuchen und nicht so spröde sein — dann erhielte sie auch sofort gute Zulage. Sie hat ihn drastisch abgewiesen, dies sofort ihren ehrbaren Eltern erzählt und das Geschäft aus diesem Grunde verlassen. Mehrere Mädchen haben ihr vorher und nachher genau dasselbe erzählt, nämlich, daß Katz sie mit unsittlichen Anträgen vorfolgt hätte. Buchhalter St. weiß von einem Frl. G., daß Katz mit derselben geschlechtlich verkehrt hatte. Frl. G. war auch als Zeugin geladen, ist aber angeblich „über die Grenze" gegangen. Es sei noch bemerkt, daß der Redakteur des verklagten Blattes wegen Beleidigung des schamlosen Unternehmers zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt wurde und zwar deshalb, weil er die unrichtige Mittheilung gebracht hatte, daß Katz wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet, gegen eine hohe Kaution aber wieder auf freien Fuß gesetzt sei.

Die gemeingefährliche Thätigkeit der Metallindustriellen-Arbeitsnachweise wird wieder einmal durch folgenden Fall gekennzeichnet. Die Maschinenfabrik „Germania" in Tegel bei Berlin suchte durch Insertion im Magdeburger „Generalanzeiger" Kesselschmiede. Mehrere ausständige Kesselschmiede von Garrett Smith u. Co. fragen an und erhalten darauf die Antwort, daß sie kommen sollen. Diese fahren hin, melden sich beim Meister, erhalten dort einen schriftlichen Ausweis für den Metallindustriellen-Nachweis in Berlin ausgestellt, daß sie eingestellt werden sollen. Mit dieser Bescheinigung werden sie nach dem Nachweisbureau gesandt, um sich dort die Karte ausstellen zu lassen, ohne welche eine Einstellung nicht erfolgt. Auf dem Nachweisbureau ist die erste Frage: „Wo kommen Sie her?" Nach der Antwort: „Aus Magdeburg!" kommt die zweite Frage: „Von Garrett Smith u. Co.?" Auch diese Frage wurde mit Ja beantwortet. Darauf ertheilte man den Arbeitsuchenden die Auskunft, daß sie einen Schein zur Einstellung nicht erhalten können und daß sie in Deutschland überhaupt keine Arbeit bekommen werden, so lange der Streik besteht. — Nicht allein, daß brutaler Unternehmerhochmuth streikende Arbeiter, die von den von ihnen geschaffenen Riesenprofiten auch ihr bescheidenes Theil beanspruchen, aushungert, nein, man verleitet sie durch unverfängliche Inserate auch noch dazu, ihre letzten Groschen zu verreisen und schwindelt ihnen das Geld aus der Tasche! Möchten doch die Arbeiter der Metallindustrie bald in die Lage kommen, durch einmüthiges festes Zusammenhalten dem gemeingefährlichen Treiben dieser Sorte „Arbeitsnachweise" den Garaus machen zu können!

Konfiscirt wurde in Muskau (schlesische Wendei) das in Nürnberg erschienene Taschen-Liederbuch für Arbeiter „Freie Klänge". Als der Händler nach dem Grund der Konfiskation fragte, erklärte ihm der Herr Bürgermeister statt aller Antwort, er solle sich lieber ein Gesangbuch kaufen. Gesetzbücher wären für manche Leute noch nützlicher.

Große antisemitische Ausschreitungen, die im November v. J. in der Ortschaft Rouchowan stattfanden, haben jetzt vor dem Kreisgericht in Znaim ihre Sühne gefunden. Es wurden seiner Zeit zahlreiche tschechische Flugblätter verbreitet, die unter Hinweis auf den Mord in Polna gegen die Juden aufreizten. An einem Sonntage rotteten sich 600 Personen zusammen, die johlend gegen die Häuser zweier jüdischen Kaufleute zogen und die Fenster mit Steinen einwarfen. Der Bürgermeister der Ortschaft befand sich an der Spitze der Massen und bedeutete den Gensdarmen, es wäre für sie vom Uebel, einzuschreiten, da jedes einzelne Haus mit Gewehren gefüllt sei. Als nun Gensdarmerieverstärkung anrückte, erneuerten sich die Steinwürfe gegen die Judenhäuser. Die Ausschreitungen wiederholten sich noche eine Woche hindurch, bis sämmtliche jüdischen Bewohner den Ort verlassen hatten. Der Haupträdelsführer wurde zu acht Monaten, vier andere Personen zu drei bis fünf Monaten schweren Kerkers verurtheilt. Ueberdies werden sich noch der Bürgermeister des Ortes Rouchowan und 24 weitere Insassen zu verantworten haben.

Die Eifersucht eines Pfaffen und ihre Folgen. Auf dem Pfarrhof einer größeren Provinzstadt im westlichen Böhmen lebt, wie tschechische Blätter berichten, eine junge Nichte des Pfarrers, in die beide Kapläne bis über die Ohren verliebt waren. Bei einem Studentenball, der im Januar d. Js. stattfand, kam es zu einer „Szene" zwischen beiden Pfaffen. Der Eine von diesen wollte nämlich bemerkt haben, daß der Andere zuerst mit der Pfarrersnichte tanze. Er stellte ihn deshalb zur Rede, und als dieser auf sein angeborenes Recht, zu tanzen, hinwies, wurde er ganz aufgeregt und drohte, wenn er noch einmal mit dem Mädchen tanze, ihm in das Gesicht zu spucken. Der Andere lachte der Drohungen und tanzte gleich darauf mit dem Mädchen. Der eifersüchtige Kaplan gerieth darüber so sehr in Aufregung, daß er ihm thatsächlich auf dem Balle ins Gesicht spuckte. Damit war diese liebliche Szene noch nicht zu Ende. Denn nach dem Balle lauerte der Beleidigte dem Anderen in einer finsteren Gasse auf und brachte ihm mit einem Schlüssel mehrere Verletzungen bei, so daß der Verwundete in das Spital gebracht werden mußte. Wenige Tage später gab der Königgrätzer Bischof Brynych ein Zirkular an die Pfarrgeistlichkeit heraus, in dem es unter Anderem heißt: „Es ist nicht viel Zeit seit dem Jahre 1899 verflossen, da ich die Geistlichkeit meiner Diözese ermahnte, ein wahrhaft priesterliches Leben zu führen. Kaum hat das Jahr 1900 seinen Anfang genommen, haben Priester meiner Diözese wiederum bei dem gläubigen Volke Aergerniß erregt, und zwar größeres als früher. Die Kirche trauert — Priester tanzen! Und wenn sie nur tanzten! Aber was für Dinge die Bauernburschen beim Tanzen mit den Mädchen treiben, das schämen sich nicht, wie ich höre, diese Priester auch zu begehen! Wenn doch diese Priester wenigstens auf ihren so schwer geprüften Bischof Rücksicht nehmen wollten! Aber wehe! Zu den Schmerzen meiner Wunden fügen sie noch neue Schmerzen hinzu! Da die Dinge nun einmal so sind, dann mögen alle Priester und jeder im Besonderen wissen: Wenn einer von den Priestern in Hinkunft sich unterstehen wird, zu tanzen, wird er suspendirt werden! Die Vikare und Alle, die ihre Untergebenen zu führen haben, begehen eine schwere Sünde, wenn sie mir einen solchen Priester nicht anzeigen! Vom bischöflichen Ordinariat in Königgrätz, am 21. Januar 1900. Eduard Johann Nepomuk, Bischof." Was für Unheil so ein eifersüchtiger Jüngling doch über einen ganzen Stand bringen kann!

Bei der großen Steigerung von **Rohmaterialien** habe ich große

Lieferungs-Abschlüsse

gemacht und bleiben meine Preise, sowohl in **Manufacturwaaren** als auch in **Herren- u. Arbeiter-Garderoben** die gewohnt billig.

Arbeiterhosen von 88 Pfg. an.
Cheviot-Herren-Anzüge v 8,75 Mk. an.
Confirmanden-Anzüge von 6,75 Mk. an.

Alle Artikel für Arbeiter in größter Auswahl vorräthig!

Lübeck. **Otto Albers,** Kohlmarkt 10 Markt 4.

Baarverkauf.

Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfiehlt
gut gearbeitete Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Große Auswahl
in
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
dauerhaft gearbeitet, billig

Paul Rehder's
Möbel-Magazin
Hundestrasse No. 13.

Wo speisen Sie?
Speise-Halle
Neptun
14 Fischstraße 14
1. Etage.

Mittagstisch
von 11½—2 Uhr, à Person 40 Pfg. und 50 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr, à Person 30 und 40 Pfg.

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft
Fischergrube 52
empfiehlt sich zum **Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.**

Messer u. Scheeren
schleift und reparirt
H. Hentschel
32 Hüxstraße 32.

Kartoffelland
gut gedünkt, zu verpachten. Die □-Ruthe 50 Pfg. Nahe der neuen Kaserne, Marly.
Wesloe. **C. Callies.**

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Oeffentliche
Versammlung
der
Müller u. Mühlenarbeiter Lübecks
am Sonntag den 18. Februar
Nachmittags 4 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:
Verkürzung der Arbeitszeit.

Es ist nothwendig, daß Alle erscheinen.
Der Vorstand.

COLOSSEUM
Morgen Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.

Sonntag den 18. März:
2. Volks-Maskerade.

Gesellschaftshaus Adlershorst.
Sonntag den 18. Februar 1900:
Tanzkränzchen.

Oeffentliche
Protestversammlung
am Montag den 19. Februar
Abends 8½ Uhr
im Circus „Reuterkrug".

Tages-Ordnung:

Die neue Flottenvorlage und die Deckungsfrage.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Th. Schwartz.

Diskussion.

Zahlreichen Besuch sehen entgegen

Die Vertrauenspersonen.

Fischstraße 21. **Speise-Hallen „Hansa"** Fischstraße 21.

Große bequeme Speisesäle. **Geöffnet von Morg. 7 bis Abds. 9 Uhr.** Parterre und 1. Etage.

Preise für Speisen:

Täglich großer bürgerlicher Mittagstisch von 11½—2½ Uhr à Person 50 u. 40 Pf.
Täglich großer Abendtisch von 6—9 Uhr . . . . . à Person 40 u. 30 Pf.

Warmes Frühstück aus der Pfanne von 8 Uhr an.

Beefsteak m. Zwiebeln	mit Brod oder Kartoffeln	à Person 40 u. 30 Pf.	Sauerfleisch	25 Pf.
Fricadellen			Spiegeleier . . . Stück	10 „
Gebratene Leber			Gekochte Eier . . . „	10 „
Gulasch			Warme Würste . . . „	10 „
Gebratene Fische			Kartoffelsalat, Portion	10 „
Carbonade			Belegtes Brod, verschied. Aufschnitt, à	10 „
Ragout u. s. w.			Hamburger Butterbrod	15 „
Rührei, Portion		30 Pf.	u. s. w.	

St. Jürgen-Liederkranz.

Humoristisches Kappenfest
mit Theater-Aufführung
am Sonntag den 18. Februar 1900
im Concordia-Garten

Anfang 6 Uhr. **Einführung gestattet.**

Karten im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen beim Vorstand.

Der Vorstand.

Concert-Haus „Flora"
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Ende 12 Uhr. **F. Grammerstorf.**

Neu-Lauerhof. Heute Sonntag: Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

Central-Hallen
Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Außerordentliche
Haupt-Versammlung
am Freitag, 23. Febr. 1900
Abends 8½ Uhr
im Bürgerverein, Königstr. 25.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden, eines Kassirers und eines Beigeordneten.
2. Beschlußfassung wegen Niederlassung eines zweiten Vereinsarztes.
3. Wahl und Entsendung eines Abgeordneten zur Gruppenversammlung in Neumünster.
4. Verschiedenes, u. a. Verschönerung des Spielplatzes.

Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Zutritt.

Zur neuen Lohmühle.
Am Sonntag den 18. Februar:
Gesellschaftsabend (Tanzkränzchen).
Einführung gestattet.

Achtung Böttcher!
Die Mitgliederversammlung findet nicht am Sonnabend, sondern am Mittwoch den 21. Februar statt.

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend nothwendig.

Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise).

Allgem. öffentl. Vortrag
Mittwoch den 21. Februar
Abends 8½ Uhr
im Concertheus Fünfhausen.
Redner: Herr **Otto Wagner**
Director der Bilz'schen Naturheilanstalt in Dresden-Radebeul.
Thema: **Diphtherie und Croup.**

Eintrittskarten sind im **Vorverkauf zu 10 Pfg.** bis zum 21. Nachm. 6 Uhr erhältlich bei den Herren G. Weiland, Königstraße 72, C. Witsoot, Hüxstr. 18, Philipp Gärtner, Hüxstr. 105, u. Wilh. John, Schüsselbuden 5, an der **Abendkasse 20 Pfg.**

Vereinsmitglieder und deren Angehörige — § 3 der Satzungen — haben **freien Eintritt.**

Louisenlust.
Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik.
W. Gloe.

Stehr's Etablissement.
Heute Sonntag:
Grosse Tanz-Musik.

Wakenitz-Bellevue.
Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
W. Kruse.

Friedrich-Franz-Halle
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
L. Lübke.

Elysium.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
H. Havemann.

Vereinshaus.
Sonntag von 5 Uhr an:
Unterhaltungs-Musik.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 18. Februar 1900:
Grosses Concert.
Anfang 4 Uhr. **Eintritt 10 Pfg.**

Central-Verband der Schmiede Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum
BALL
am Sonntag den 25. Februar 1900
im Tivoli.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfg., Damen frei.
Das Comitee.

Gesangverein „Eintracht".
BALL
am Sonntag den 18. Februar 1900
in Haushahn's Concerthaus.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Fried. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.